November 11/1990 F 5931 E

EAK Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

Ein Volk für den Frieden

Peter Hintze

Auf dem 2. Deutschland-Forum, das vor kurzem unter großer Beteiligung in Bonn stattfand, hielt der Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU, Peter Hintze, die Eröffnungsrede, die wir in Auszügen dokumentieren:

. . . Die Verantwortung für unsere Vergangenheit ist die Grundlage für eine verantwortungsbewußte Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft. Sie sollte ausgerichtet sein an den drei großen Themen des konziliaren Prozesses „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung". In protestantischer Perspektive stellt die dort festgestellte Differenz über einen allgemein verbindlichen Weg zum Frieden aber kein Defizit dar.

Protestanten können im Pluralismus christlicher Frömmigkeitsweisen und in der Vielfalt politischer Einstellungen von Christen einen elementaren, theologisch unverzichtbaren Ausdruck der Vorläufigkeit gerade auch unserer sozialethischen Erkenntnisse sehen. Seoul bietet für die ökumenische Bewegung daher die produktive Chance, von überzogenen Homogenitätserwartungen Abstand zu nehmen. Die Annahme, in einer von Konflikten und Interessengegensätzen geprägten Welt könnten die Kirchen für alle Christen verbindlich mit einer Stimme reden, hat sich in Seoul jedenfalls als Irrtum erwiesen.

Gleichwohl sind die im ökumenischen Prozeß angesprochenen Fragen von großer Bedeutung und es liegt an uns, das große Thema „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" mit realistischen und zukunftsweisenden Inhalten zu füllen:

Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses

Wir tragen Verantwortung für die Weiterentwicklung der Friedens- und Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik steht im Dienst politischer, ökonomischer und humanitärer Überlegungen. Mit der weiteren Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses wird die Rolle militärischer Macht reduziert werden. Wir bleiben zwar nach wie vor auf eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit als Schutz vor nicht zu kalkulierenden Risiken angewiesen, aber auf wesentlich niedrigerem Niveau. Worauf es jetzt aber ankommt, ist unsere politisch-wirtschaftliche Unterstützung beim Aufbau stabiler Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa und damit gerade auch in der Sowjetunion. Denn wirtschaftliche Stabilität in dieser Region ist ein fundamentaler Beitrag zur Sicherheit auf unserem Kontinent.

Hierbei kommt dem deutsch-sowjetischen Verhältnis eine wichtige Rolle zu. Gorbatschow hat das Brandenburger Tor aufgeschlossen. Gute und friedfertige Beziehungen zwischen Deutschen und den Völkern der Sowjetunion tragen zur Stabilität in Europa bei. Aber sie dürfen nicht isoliert oder als Sonderverhältnis gesehen werden. Auch

Peter Hintze begrüßt Landtagspräsident Dr. Gottfried Müller (li.) und Moderator Dr. Klaus Lefringhausen (re.)

das geeinte Deutschland kann nicht der Wirtschafts- und Finanzpartner der UdSSR schlechthin sein. Aber die deutsche Wirtschaft wird Teil des zukünftigen europäischen Binnenmarktes von fast 340 Millionen Menschen sein. Die Sowjetunion braucht den fairen Zugang zu diesem Markt. Wir können dabei helfen.

Verantwortung für Europa

Wir tragen Verantwortung für Europa. Es entspricht der Entwicklung in Europa sowie der Verflechtung unseres Landes mit unseren europäischen Nachbarn, daß wir heute schon längst über die Nation hinausdenken müssen. Die Vereinigung Deutschlands ist nicht der Endpunkt deutscher Geschichte. Bundeskanzler Kohl hat am 22. Februar in Camp David betont, daß die „europäische Integration nicht nur ausgebaut, sondern auch deutlich beschleunigt werden muß. Über den großen Binnenmarkt 1992, über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus bleibt unser Ziel die Politische Union". Diese politische Union der europäischen Staaten muß auch alle für die Sicherheit unseres Kontinents bedeutenden Bereiche einschließen. Für diese europäische Union geben alle Staaten Europas Souveränitätsrechte ab – das ist die beste Garantie gegen ein Wiederaufleben des Nationalismus in Westeuropa.

Ein integriertes Westeuropa wird darüber hinaus zum Anziehungs- und Anknüpfungspunkt für die jungen Demokratien Osteuropas. Dem hat die EG durch verstärkte Assoziierungsangebote Rechnung zu tragen, die langfristig auch einen Beitritt von Polen, der ČSFR und Ungarn ermöglichen sollten. Darüber hinaus ist der KSZE-Prozeß als gemeinsames politisches und sicherheitspolitisches Dach über West- und Osteuropa zu vertiefen und zu institutionalisieren.

Wir tragen Verantwortung für die **eine** Welt. Globale Herausforderungen wie regionale Konflikte in Verbund mit religiösem Fundamentalismus, Terrorismus, die dramatische Verbreitung von nuklearen und chemischen Waffen samt der bis nach Europa reichenden Trägersysteme sowie soziale und wirtschaftliche Spannungen in den Ländern der 3. Welt können eine internationale Radikalisierung mit weitreichenden Konsequenzen für Europa bewirken. Dem können wir uns in Deutschland nicht entziehen.

Karl Lamers (MdB), Klaus Lefringhausen, Präses Peter Beier (v.l.)

Deutschland hat auch die wichtige Aufgabe, seinen Beitrag dazu zu leisten, daß Hunger und Elend überwunden werden, daß die gravierende Verletzung der Natur gestoppt wird, daß die Erde von allen Menschen als ein Gesamtlebenszusammenhang verstanden, gelebt und bewahrt wird. Hier sind wir politisch gefordert, hier sind wir wirtschaftlich gefordert, hier sind wir aber gerade als Christen gefordert.

Frieden mit der Natur

Wir werden auch die Frage zu diskutieren haben, ob wir uns auf Dauer aus friedenssichernden Aktionen im Rahmen der Vereinten Nationen heraushalten können. Wir sind ja Teil der einen Welt und deswegen schaut man in New York, in London, in Neu-Dehli darauf, ob die Deutschen ihren Teil der Weltverantwortung wahrnehmen. Wir tragen Verantwortung für den ökologischen Frieden. Zu den globalen Herausforderungen unserer Zeit gehören aber auch die ökologischen Gefährdungen. Wenn wir vom Frieden reden, müssen wir auch vom Frieden mit der Natur reden. Die Vergiftung von Wasser, Boden und Luft, die Zerstörung der Erdatmosphäre, das Abholzen der Regenwälder, sind Probleme, die sich der ganzen Menschheit stellen. Wir wollen dazu auf unserem 3. Deutschland-Forum ausführlicher diskutieren.

Im Gespräch: Marcel Kaufmann (RCDS), Rainer Eppelmann, Peter Hintze (von links)

Wir tragen Verantwortung für ein Deutschland im Westen. Unser Land kann nur deshalb seiner Verantwortung gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion, aber auch international gerecht werden, weil es fest in die westliche Gemeinschaft eingebunden ist. Nationale Sonderwege zwischen Ost und West oder etwa ein deutsches Sonderbewußtsein kann und darf es nicht geben. Unsere Identität ist fest verbunden mit den Werten europäisch-amerikanischer Demokratie. Zwischen den Ideen der ersten demokratischen Verfassung, der Verfassung der Vereinigten Staaten und den Ideen der Widerstandsbewegung der ehemaligen DDR besteht ein grundsätzlicher Wirkzusammenhang. Deshalb ist für uns Deutsche das nordatlantische Bündnis nicht nur eine sicherheitspolitische Klammer zwischen Europa und Nordamerika, sondern vor allem Ausdruck einer grundsätzlichen Wertengemeinschaft.

Wir tragen Verantwortung für einen sicherheitspolitischen Realismus. Das „Ende der Geschichte" ist mit dem Epochenjahr 1989 nicht eingetreten. Auch wenn in Europa der Kalte Krieg überwunden worden ist – es wäre unaufrichtig, unseren Bürgern eine ideale oder konfliktfreie Welt von morgen zu versprechen. Gerade die christliche Anthropologie bleibt unser Maßstab für die Ablehnung einer Politik, die vollkommene Problemlösungen zu versprechen scheint. Deshalb bleiben wir auf Dämme gegen die menschliche Unvollkommenheit angewiesen. Auch Verträge über militärische Abrüstung und Stabilität, auch eine zunehmende Vernetzung der Staatenwelt können die Gefahr militärischer Gewaltandrohung nur mindern, aber nicht völlig ausschließen.

International vereinbarte Mechanismen der Konfliktregelung schaffen nicht automatisch Sicherheit und Stabilität, sondern setzen beide voraus. Deshalb bleiben wir auch weiterhin auf eine autonome westliche Verteidigungsfähigkeit der NATO und damit auf Streitkräfte angewiesen. Die Soldaten der Bundeswehr haben von Anfang an niemanden bedroht. Ihr Auftrag war nicht das Ergebnis irgendeines Feindbildes, sondern des Verfassungsbildes unserer Demokratie. Als Garanten unserer Sicherheit und politischen Unabhängigkeit haben auch sie ihren Teil zum friedlichen Ende des Kalten Krieges beigetragen. Und sie stehen für eine Ordnung, in der jeder auch die Gewissensentscheidung gegen den Dienst mit der Waffe in Anspruch nehmen kann. ■

Die Soziale Marktwirtschaft nun in ganz Deutschland

Ulf Fink

Die deutsche Einheit ist vollzogen. Nach den Tagen der Festlichkeiten gilt es nun, den Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft, der durch die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und durch den Einigungsvertrag nun auch in den fünf neuen östlichen Bundesländern gilt, konkret auszufüllen. Es ist einmalig in der Geschichte, daß in wenigen Monaten ein wirtschaftliches, politisches, soziales und gesellschaftliches System abgeschafft und durch ein völlig anderes ersetzt wird.

Daß es beim Übergang von einem 40 Jahre vorherrschenden zentralistisch und kollektivistisch gesteuerten System in die Soziale Marktwirtschaft neben vielen Verbesserungen auch schwierige Probleme geben würde, war jedem klar. Kritiker übersehen jedoch, daß die bestehenden Probleme eine Erblast des SED-Regimes sind. So ist die vorübergehend emporschnellende Arbeitslosenrate nicht ursächlich dem System der Sozialen Marktwirtschaft zuzuschreiben, sondern vielmehr Offenbarung der wahren Zustände des überwundenen „real existierenden Sozialismus", der damit verbundenen Planwirtschaft und der staatlicherseits verordneten Verleugnung der wahren wirtschaftlichen Umstände.

Die Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft beginnen zu tragen. Dazu gehören insbesondere die Sozialgesetzgebung mit ihren großen solidarischen Sicherungsinstrumenten wie Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung und auch die Sozialhilfe, die Selbstverwaltung, das Arbeitsrecht, die Tarifautonomie wie auch die wirtschaftliche Komponente der Sozialen Marktwirtschaft mit Wettbewerb und Konkurrenz, freier Preisbildung, Gewerbefreiheit und den dazugehörigen gesetzlichen Kontrollmechanismen.

Vier Aspekte erschweren den reibungslosen Übergang:

Die Zerrüttung der „DDR"-Wirtschaft ist stärker als befürchtet. Veraltete Bausubstanz kann nicht über Nacht erneuert werden. Zigtausende fehlende Telefonanschlüsse können nicht binnen Wochen verlegt werden. Hunderttausende seit Jahren de-facto-Arbeitslose können nicht von einem Tag zum nächsten in neue Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden – so wünschenswert dies auch wäre. Ein überkommenes Schienennetz, marode Straßen und weitgehend hoffnungslos überaltete Produktionsstätten bedürfen der Modernisierung. Der Wiederaufbau dessen, was das alte System hat zerfallen lassen, bedarf der vermehrten Anstrengung aller Bundesbürger. Nur gemeinsam und solidarisch führt der Weg zum Ziel.

Ein **zweiter** Problembereich sind die alten SED/PDS-Seilschaften. Immer noch sitzen an einigen führenden Positionen die Kader vergangener Tage. Dies wird insbesondere dann zum Problem, wenn die alten neuen Verantwortlichen ein Interesse daran haben, Sand in das Getriebe zu streuen. Mit der Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft und der freien Gerichtsbarkeit wird sich das überwinden lassen.

Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft konkret auffüllen

Problematisch ist weiterhin **drittens,** daß der gesamte Verwaltungs- und Administrationsbereich trotz intensiver Bemühungen der Bundesregierung und beteiligten Behörden schwerfällig anläuft. So bestehen beispielsweise nach wie vor Probleme bei der Finanzverwaltung dahingehend, die Beiträge (Steuern) ordnungsgemäß einzuziehen. Auf die gesetzlichen Krankenkassen wird dieses Problem ab 1991 zukommen. Um diese Problematik zu entschärfen, haben einige Ministerien in Berlin Außenarbeitsgruppen eingerichtet, die direkt vor Ort diese Mißstände angehen werden.

Viertens benötigen die neuen Bundesbürger Freiräume, um sich mit den neuen „Spielregeln" des Zusammenlebens und Wirtschaftens vertraut zu machen. Sich aus dieser staatlichen Bevormundung zu lösen, heißt auch, Selbständigkeit wieder zu erlernen.

Es bedarf verstärkter Bemühungen, die Arbeitslosigkeit in den Ländern der ehemaligen DDR aktiv zu bekämpfen. Dazu ist eine intensive Arbeitsmarktpolitik von Nöten. Hier ist auch der Staat gefragt. So muß dringend eine bedarfsorientierte Anzahl an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die neuen Bundesländer zur Verfügung gestellt werden. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muß auch die Qualifizierungsmaßnahmen fördern. Dazu gehören Weiterbildungsangebote und Umschulungsprogramme.

Qualifizierung und Integration der Arbeitslosen

Die arbeitslosen und kurzarbeitenden Bürger der Länder im Osten Deutschlands sind arbeitswillig und arbeitsfähig. Es ist Aufgabe aller Bürger und damit auch des Staates, diese Menschen zu qualifizieren, damit sie wieder in den Arbeitsprozeß integriert werden können. Qualifizierte Arbeitnehmer vor Ort bieten die Gewähr dafür, daß auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft zielt darauf ab, Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit zu ermöglichen. Dazu tragen verschiedene Prinzipien bei, wie etwa das Leistungsprinzip einerseits, aber auch soziale Gerechtigkeit. Weiterhin herrscht Wettbewerb, aber auch Solidarität.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein gutes gesellschaftliches System. Es ist aber nicht perfekt. Auch wir müssen hinzulernen.

Die Soziale Marktwirtschaft, deren Anfänge in den 40er Jahren begründet wurden, ist ein dynamisches Konzept. Das heißt, daß es nicht die Soziale Marktwirtschaft schlechthin gibt. So muß auch hier in der Bundesrepublik die systematische Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft vorgenommen werden, wobei insbesondere aktuelle gesellschaftliche Gegebenheiten zu berücksichtigen sind.

So läßt sich etwa seit einiger Zeit feststellen, daß die großen solidarischen Sicherungssysteme vor den bedeutenden allgemeinen Lebensrisiken wie etwa Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit schützen. Ein Sicherungsinstrument fehlt jedoch: die gemeinschaftliche Absicherung des finanziellen Aspektes bei Pflegebedürftigkeit. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß trotz eines arbeitserfüllten Lebens etwa 70 % der Heimbewohner zu Taschengeldempfängern degradiert werden, weil ihre Rente nicht ausreicht, um die hohen

Fortsetzung von Seite 2

2. Deutschland-Forum

Unsere Geschichte verpflichtet uns in ganz besonderer Weise, dem Weltfrieden zu dienen. Wir leben in einer Zeit gewaltiger Veränderungen. Trennendes fällt in sich zusammen, Verbindendes wächst auf dem fruchtbaren Boden der Mitmenschlichkeit zwischen Ost und West. Freiheit und Menschenrechte haben ihren Siegeszug in Osteuropa angetreten. Die deutsche Einheit kann diesen Prozeß beschleunigen. Sie leistet einen wichtigen Brückenschlag über die Gräben des Mißtrauens, unter denen die Völkergemeinschaft seit Generationen leidet. Damit ist sie das Symbol und Motor einer neuen Zeit des Friedens und der Partnerschaft. Frieden ist unser Auftrag, Verständigung der Weg dorthin".

(Auszug aus dem Grußwort von Norbert Blüm, CDU-Landesvorsitzender NRW, für das 2. Deutschland-Forum)

Pflegekosten zu bezahlen. Damit werden die pflegebedürftigen Sozialhilfeempfänger faktisch zu Taschengeldbeziehern. Hier bedarf es in unserem System einer Ergänzung dahin gehend, das finanzielle Pflegefallrisiko solidarisch und gerecht abzusichern.

Bewertung der Arbeit

Ein weiterer Aspekt betrifft die Bewertung der Arbeit. Die gesellschaftlich unverzichtbare Nichterwerbsarbeit wird im Vergleich zur beruflichen Erwerbstätigkeit kaum anerkannt. Dabei sollte gelten, daß derjenige, der Angehörige oder Nachbarn pflegt, nicht schlechter dasteht, als derjenige, der eine Maschine bedient. Wir brauchen eine neue Kultur des Helfens. Mitbürger, die Menschen pflegen, die freiwillig ihre Arbeitskraft in den Dienst für andere stellen und die ehrenamtlich Hilfe leisten, müssen stärker gefördert werden. Dazu brauchen wir ein Gefüge von Garantien, Entschädigungen und Anreizen.

Aus der Vielzahl geeigneter Maßnahmen möchte ich nur einige Beispiele nennen: Aufwandsentschädigungen sind zu erstatten, eine finanzielle Anerkennung für freiwilliges soziales Handeln muß von der Besteuerung ausgenommen werden. Öffentliche Förderung von Selbsthilfegruppen, beispielsweise durch Überlassung von Räumen, durch organisatorische und personelle Hilfen und durch Hilfen zur Öffentlichkeitsarbeit ist zu gewähren. Arbeitnehmer/-innen sollen die Möglichkeit zur längeren beruflichen Freistellung mit Arbeitsplatzgarantie erhalten, wenn sie eine freiwillige Sozialzeit ableisten. Auch müssen Hilfsbedürftige und Helfende zueinander finden können. Dazu sollen neue Formen der Vermittlung beitragen. Ein Aktionsprogramm „Sozialer Monat" in Form eines einmonatigen Praktikums soll angeboten werden. Dabei soll in Schulen die Möglichkeit geschaffen werden, aufgeworfene Fragen in bezug auf das Praktikum vor und später nachzubereiten.

Schon bestehende gesetzlich geschützte Formen des sozialen Engagements, wie etwa das freiwillig soziale Jahr, müssen stärker als bisher gefördert werden. So ist die finanzielle Anerkennung zu verbessern, eine Anrechnung der Tätigkeit als praktische Zeit für die Ausbildung in einem verwandten Beruf zu ermöglichen, und es muß darüber nachgedacht werden, ob eine solche Sozialzeit von der Wehr- bzw. Zivildienstpflicht entbindet. Die aufgeführten Maßnahmen fördern eine Gesellschaft, in der wieder mehr Mitmenschlichkeit und mehr soziale Zuwendung möglich ist.

Anm.: Ulf Fink ist Bundesvorsitzender der CDA-Sozialausschüsse und stellvertretender Vorsitzender des DGB

Soziale Marktwirtschaft für alle Deutschen

Die bewährte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Ludwig Erhards wird sich durchsetzen

Klaus Weigelt

In Deutschland findet seit dem 1. Juli 1990 mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und insbesondere seit der Vollendung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 ein aufsehenerregender, spannender und einmaliger politischer, wirtschaftlicher und sozialer Umwandlungsprozeß statt, für den es kein historisches Vorbild gibt. Wie der rasante Ablauf der politischen Ereignisse in den vergangenen Monaten zeigt, mußten die verantwortlichen Politiker jeweils sehr schnell das Richtige tun, um den durch die friedliche Revolution vom Herbst 1989 in Gang gekommenen Prozeß der Befreiung von 17 Millionen Menschen und die Vereinigung aller Deutschen nicht zu behindern, sondern durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

Historische Augenblicke müssen erkannt und ohne Verzögerung politisch gestaltet werden. Es ist deswegen ein Glücksfall für uns Deutsche, daß mit Bundeskanzler Helmut Kohl ein Mann an der Spitze der Regierung steht, der nicht nur die politischen Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannte, sondern mit seiner definitiven Entscheidung für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auch das wirtschaftspolitisch einzig richtige Signal gesetzt und sich damit als Ludwig Erhard der neunziger Jahre erwiesen hat.

Konsumentenfreiheit statt Kommandowirtschaft

Mit dem 1. Juli 1990 fiel das gesamte System der zentralen Verwaltungswirtschaft der Ex-DDR in sich zusammen. Der Wirtschaft von oben, also durch Zentralplaner, Verwalter und SED-Bonzen folgte eine Wirtschaft von unten, also durch Konsumenten, Arbeiter und Unternehmer. Das Ergebnis war gerade nicht die „Ellenbogengesellschaft" oder „Zwei-Drittel-Gesellschaft", wie uns Leute weismachen wollen, die den Prozeß nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, sondern es war schlicht und einfach die Einführung der Konsumentensouveränität im In- und über die offenen Grenzen auch im Ausland.

Und dieser Konsument, der ja zugleich auch Arbeiter und Angestellter ist, erkannte mit der neu erworbenen D-Mark sehr schnell, daß ihm die Produkte und Dienstleistungen der Bundesrepublik Deutschland und des westeuropäischen Auslandes besser gefielen, als die der Ex-DDR oder der bisherigen sozialistischen Bruderländer. Und so machte er von seiner neugewonnenen Entscheidungsfreiheit Gebrauch und kaufte eben nicht mehr die Produkte, die aus der sozialistischen Mangelwirtschaft noch übrig geblieben waren, sondern erkaufte die neuen und guten Produkte, die ihm jetzt reichlich zur Verfügung standen.

Klaus Weigelt: Differenziertes Sozialstaatsangebot aufbauen

Natürlich hatte das Auswirkungen. Jedem, der auch nur ein wenig ökonomisch denken kann, leuchtet das ein. Der Konsument, der mit seinen D-Mark Westware kaufte, stellte als Arbeiter in seinem Ostware produzierenden Unternehmen fest, daß auf einmal sein Arbeitsplatz gefährdet war. Seine eigene rationale, ökonomische Handlungsweise trug damit zu einem Strukturwandel bei, der ihn – zumindest vorübergehend – existenziell durch den Verlust des Arbeitsplatzes gefährden konnte. Die Akzeptanz von Produkten aus der Ex-DDR sank bis auf etwa 10 % und zugleich stiegen die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen kräftig an, ohne daß sie bisher ihren Höhepunkt erreicht hätten.

Erste positive Wirkungen

Ist das nun ein Grund, um eine Katastrophenstimmung zu erzeugen? Ich meine, gerade das Gegenteil müßte man tun: Wir haben Grund, uns über diesen Prozeß zu freuen. Nach dem Monatsbericht für Oktober 1990 des Bundesministeriums für Wirtschaft zerbrechen in den neuen Ländern ineffiziente Strukturen. Die Erzeugung der vielfach nicht wettbewerbsfähigen Güter wurde eingeschränkt.

Die Straffung von Wirtschaft und Verwaltung führe zwar zu einer erheblichen Freisetzung von Arbeitskräften, für die derzeit noch nicht in ausreichendem Maße neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, andererseits aber zeigen die Eigeninitiativen

der neuen Bundesbürger wachsendes unternehmerisches Engagement westlicher Firmen und die beträchtlichen staatlichen Hilfen zur Erneuerung der Wirtschaft erste unverkennbare positive Wirkungen. So sei es bereits in erheblichem Umfang zur Gründung neuer Existenzen gekommen. Die Zahl der Kooperationen von westlichen Unternehmen mit Betrieben im Osten Deutschlands nehme zu. Das Preisklima – und das ist außerordentlich wichtig – sei im wesentlichen ruhig geblieben. Die Realeinkommen seien spürbar gestiegen.

Die Bevölkerung verhalte sich besonnen, wenngleich die Ansätze zum Neubeginn die katastrophalen Folgen jahrzehntelanger Mißwirtschaft innerhalb nur weniger Monate noch nicht hätten ausgleichen können. Immer deutlicher würden die immensen Fehlleistungen von mehr als 40 Jahren sozialistischer Kommandowirtschaft nach der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft zutage treten.

So weit, so gut. Das Problem ist nur, daß viele Menschen diese komplizierten Prozesse nicht durchschauen oder auch von ihrer konkreten Situation nicht zu abstrahieren vermögen, um die mittelfristig eindeutig positiven Konsequenzen der ablaufenden Strukturrevolution zu erkennen. Dazu gibt es nicht wenige Politiker und Kommentatoren in den Medien, die mehr auf Agitation, Propaganda und Panikmache legen als auf Sachinformation und wahrheitsgetreue Aufklärung.

Widerstände gegen Strukturrevolution

Und gerade zur wahrheitsgetreuen Aufklärung zählt auch, daß man nicht nur einen himmelschreienden Mißstand darstellt, sondern auch erläutert, wo er seine Wurzeln hat und was bereits an politischen Maßnahmen eingeleitet worden ist, um ihm abzuhelfen. So war die Meldung vor einigen Tagen, daß die Luftverschmutzung in Leipzig bereits in den letzten sechs Monaten um 25 % zurückgegangen sei, nicht über Fernsehen und Rundfunk zu vernehmen, sondern nur als wenige Zeilen lange Zeitungsmeldung auf den hinteren Seiten zu lesen.

Westdeutsche Wirtschaft läuft auf vollen Touren

Das Herbstgutachten der Forschungsinstitute bestätigt eindrucksvoll: Die Wirtschaft im Gebiet der bisherigen Bundesrepublik läuft auf vollen Touren: „In Westdeutschland hat sich die konjunkturelle Expansion in unvermindertem Tempo fortgesetzt. Die Auslastung der Produktionskapazitäten, die schon ein sehr hohes Niveau erreicht hatte, nahm weiter zu. Die Zahl der Beschäftigten ist beträchtlich gestiegen und die der Arbeitslosen ist spürbar zurückgegangen, obwohl sich das Arbeitskräfteangebot infolge des Zustroms von Übersiedlern und Aussiedlern erheblich ausgeweitet hat."

Deutlich schlechter ist die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern. Die Produktion ist „dramatisch zurückgegangen". Die Wirtschaftsforscher betonen aber, daß die derzeitigen Probleme nicht der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft zuzuschreiben sind, sondern „Folge der fundamentalen Mängel des bisherigen Systems" sind.

*„In **Westdeutschland** wird sich die kräftige Aufwärtsentwicklung von Produktion und Nachfrage auch 1991 fortsetzen". Auch die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen bleibt weiterhin aufwärts gerichtet. Sie wird im wesentlichen durch die unverändert hohe Kapazitätsauslastung, die günstigen Ertragsperspektiven und besonders durch die sich bietenden neuen Marktchancen in Ostdeutschland gefördert. Das Tempo der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung wird allerdings durch das schwächere Weltwirtschaftswachstum etwas gedämpft.*

*In der **ostdeutschen Wirtschaft** ist der Tiefpunkt der Umstellungskrise noch nicht erreicht: Der Absatz heimischer Produkte wird zunächst weiter zurückgehen, die Arbeitslosenzahlen werden noch steigen. Alles in allem gehen die Forschungsinstitute davon aus, daß ab Mitte nächsten Jahres eine Aufwärtsentwicklung sichtbar werden wird.*

Das Gutachten schätzt für 1991 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent (Westdeutschland 2,5 Prozent), eine Arbeitslosenquote von 9,5 Prozent (Westdeutschland 7 Prozent), die Zahl der Arbeitslosen auf 3,4 Millionen (Westdeutschland 2 Millionen), die Zahl der Kurzarbeiter auf 1,8 Millionen (Westdeutschland 80 000).

Die Gutachter sprechen sich klar gegen Steuererhöhungen aus, weil diese entweder Leistungsanreize mindern würden oder eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen könnten. Sie plädieren für die Ausnutzung aller möglichen Einsparpotentiale.

(aus: uid 34/90)

Woran liegt das? Natürlich muß man sich über den besten Weg, um Wohlstand und Gerechtigkeit für alle Deutschen zu erreichen, auch politisch streiten. Für einen positiven Ausgang dieses Streites ist es wenig hilfreich, daß in vielen Veranstaltungen, Ämtern und Betriebsleitungen immer noch die alten Seilschaften der SED-Bonzen sitzen, die sich inzwischen beachtliche Gehaltserhöhungen zugeschanzt haben und denen weniger daran gelegen ist, ihre Betriebe zukunftsfähig zu machen, als Steine auf den Weg der Sozialen Marktwirtschaft zu werfen. Aus ideologischen Gründen geht es diesen Kräften um den im Ansatz verfehlten Nachweis, daß Sozialismus eben doch besser sei – „da sind halt ein paar Fehler gemacht worden" – als ein Kapitalismus, der wieder zur Klassengesellschaft führe.

Leider segeln in diesem ideologischen Fahrwasser – schließlich haben wir Wahlkampf! – auch starke Kräfte der Sozialdemokraten und Gewerkschaften mit. So hat der Vorsitzende der IG Metall, Steinkühler, kürzlich behauptet, die Politik der Regierung führe nun nach der politischen Einigung in die soziale Spaltung. Diese Aussage ist nicht nur sachlich falsch, weil sie weder mit den Fakten noch mit der Intention der Regierung in Einklang zu bringen ist, sondern sie ist darüber hinaus auch Ausdruck eines unterentwickelten Verhältnisses zur Ethik in der Politik.

Auch dem Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten kann man angesichts der laufenden Entwicklung den Vorwurf der einseitigen Wirklichkeitswahrnehmung und der Lust an der Angstmacherei nicht ersparen. Diesen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern geht es offenbar nicht darum, unsere Landsleute in den neuen Ländern in dieser schwierigen Strukturrevolution zu unterstützen, sondern sie unsicher zu machen und ihnen das Vertrauen in die Zukunft zu nehmen.

Vertrauen und Solidarität

Dieses Vertrauen aber ist voll gerechtfertigt. „Der Sozialstaat Deutschland ist das gemeinsame Dach sozialer Sicherheit. Deshalb wird mit der Übernahme von Renten, Kriegsopferrenten, Wohngeld und Sozialhilfe ein differenziertes Sozialstaatsangebot auch in den neuen Bundesländern aufgebaut. Den Angstmachern setzen wir eine Politik konkreter Hilfen entgegen" (Norbert Blüm).

Die Renten werden zum 1. 1. 1991 um 15 % erhöht, dazu Mitte 1991 noch einmal entsprechend dem dann erreichten Produktivitätsfortschritt; ebenfalls ab 1. 1. 1991 erhalten alle Familien in den neuen Ländern Kindergeld. Ein Wohnungsbauprogramm ist aufgelegt, über das Altbauten renoviert und Sanitäranlagen eingebaut werden können.

Die ersten Energie- und Umweltmaßnahmen sowie wichtige verkehrspolitische Entscheidungen wurden getroffen. Es geht also vorwärts und es besteht überhaupt kein Anlaß, augenblickliche Friktionen und Schwierigkeiten überzubewerten und zu einer Katastrophe des eingeschlagenen Weges auszumalen. Das gilt auch für die Frage der Finanzierung. Außergewöhnliche Ereignisse rechtfertigen außergewöhnliche Maßnahmen. Und zu unserem Glück haben wir ja die Deutsche Einheit zu einem Zeitpunkt erlangt, der durch eine optimale Wirtschaftslage – dank acht erfolgreicher Regierungsjahre Helmut Kohls – gekennzeichnet ist. 1982 wäre dies alles nicht möglich gewesen.

Die Soziale Marktwirtschaft hat die Bundesrepublik Deutschland aus Trümmern und Not zu Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit geführt. Sie wird auch unsere Landsleute in den neuen Ländern aus sozialistischer Miß- und Mangelwirtschaft in eine Zukunft des Wohlergehens und der sozialen Sicherheit führen. Die Prognosen stehen günstig, und deswegen lohnt sich der Kraftaufwand zum Durchhalten. Darin verdienen unsere Landsleute unser aller tatkräftige und solidarische Unterstützung.

Anm.: Klaus Weigelt, EAK-Bundesvorstandsmitglied, ist Institutsleiter in der Konrad-Adenauer-Stiftung (Politische Akademie Eichholz)

Quo vadis Treuhandanstalt

Siegfried Krüger

Der furchtbarste aller Kriege, der 2. Weltkrieg, brachte uns neben Chaos, gigantischer Zerstörung und unermeßlichem menschlichen Leid auch die Teilung Deutschlands. Wer hätte zu diesem Zeitpunkt den Mut gehabt, dem deutschen Volk eine glückliche, als Wirtschaftsnation erfolgreiche Zukunft zu prophezeihen.

Kämpferischer Überlebenswillen und ein aus heutiger Sicht fast nicht zu begreifender Optimismus ließen uns damals zupacken und damit helfen, die schlimmsten Kriegsfolgen zu überwinden.

Mit der Teilung Deutschlands, der Etablierung zweier deutscher Staaten wurden auf beiden Seiten Programme zum Wiederaufbau erkennbar. Im Westen trat unter der geistigen Führung von Ludwig Erhard die „Soziale Marktwirtschaft" auf den Plan, im Osten sollte mit einer „wissenschaftlichen Weiterentwicklung" der Lehren von Marx, Engels und Lenin allen Bürgern das Tor zum allein seeligmachenden Sozialismus, der seinerseits in die Endphase menschlicher Entwicklung, in den Kommunismus einmündet, erschlossen werden.

Die Ergebnisse beider Entwicklungsvarianten liegen vor, und es soll gerade über letztere kein Wort mehr verloren werden.

Auch für die ehemaligen DDR-Bürger ist dies nun alles Geschichte. Durch eine gewaltige, mutige Kraftanstrengung ist es ihnen auf unblutigem Wege gelungen, die Last des Sozialismus abzuschütteln, Freiheit und Menschenwürde wieder zu erlangen und letztendlich die Möglichkeit zu erreichen, an den so lange erträumten Vorteilen der „Sozialen Marktwirtschaft" teilnehmen zu können.

Daß der Einstieg in diese „Soziale Marktwirtschaft" nicht zum Nulltarif zu erreichen sei, war hier im Osten Deutschlands fast jedem klar. Man war und ist deshalb willens zu harter Arbeit, zur Zurückstellung von persönlichen Interessen und Annehmlichkeiten, man ist im klein- und mittelständischen Unternehmensbereich voll bereit, Risiko zu tragen, und man weiß um die große Verantwortung einer Geschäftsneugründung, der Aufnahme von Krediten, dem Einstellen von Mitarbeitern usw.

Man sollte das im westlichen Teil unseres Vaterlandes bitte einmal umfassend zur Kenntnis nehmen.

Wenn man nun also hier im Osten, im Bereich der ehemaligen DDR, nicht mit offenem Maul auf die frischgebratenen einfliegenden Tauben aus dem Westen wartet, sondern eine derart große Bereitschaft zur Selbsthilfe, zur progressiven Mithilfe an den Tag legt, warum zum Teufel geht es dann insgesamt mit der Wirtschaft in diesen Ländereien bergab? Wem das zu stark erscheint, fragt wenigstens: warum geht es nicht ein klein wenig voran?

Startschwierigkeiten

Die Antwort liegt in den (eigentlich vermeidbaren) Startschwierigkeiten, mit denen sich vorhandene und potentielle, in Gründung begriffene Betriebe in den Ländern der ehemaligen DDR zur Einführung und Durchsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft" herumschlagen müssen.

Diese Startschwierigkeiten sind vielfältiger Natur und breit gefächert, sie lassen sich aber im wesentlichen auf einen Erzeuger reduzieren und das ist die Treuhandanstalt in ihrer jetzigen Arbeitsweise.

Der Treuhandanstalt, noch eine Erfindung der Modrow-Ära, konnte man im Zusammenhang mit der ihr zugewiesenen Funktion nicht grundsätzlich übel gesonnen sein. Galt es doch, **circa 8000 Volkseigene Kombinate und Großbetriebe aus staatlichem Besitz zu entflechten, sie in selbständig lebensfähige Kapitalgesellschaften zu entlassen und dabei natürlich als Vermögens- bzw. Konkursverwalter verantwortlich zu sein.** Wenn die Lebensfähigkeit der entflechteten Betriebe eine dominierende Rolle spielen soll, dann muß man für den Bereich der ehemaligen DDR davon ausgehen, daß aus jedem dieser 8000 „Großen" circa 10 „Kleine" bzw. „Mittlere" entstehen müßten, die Treuhand es also mit 80 000 Sorgenkindern zu tun hätte.

Die Aufgaben der Treuhand werden objektiv noch schwerer, bedenkt man die steinzeitlich anmutenden Kommunikationsmöglichkeiten, das z. Zt. noch unvollkommene Bankensystem, die totale Überlastung der Liegenschaftsämter mit z. T. verzerrten Grundbucheintragungen usw., usw.

Wahrlich eine gigantische Aufgabe, eine Aufgabe ohne Vorbild, ohne ein Erfolgsrezept zum Handeln.

Die Treuhandanstalt hat dieses Ziel der Klasse nicht erreicht, sie ist verantwortlich, daß ein Großteil neuer Betriebe in die Pleite geht, sich gar nicht erst entfalten kann, daß potentiellen Existenzgründern die Lust vor diesem Neubeginn vergeht. Die daraus resultierende wohl negativste Erscheinung für die zur deutschen Wiedervereinigung so hoffnungsvoll gestimmten Menschen: „Lt. Einschätzung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit wird jeder **dritte(!)** Erwerbstätige in Ostdeutschland arbeitslos sein, Kurzarbeiter sein (das ist hier dasselbe) oder in den Vorruhestand gehen müssen." Daß sich mit dieser Tatsache explosiver politischer Zündstoff anhäuft, kann nicht ausgeschlossen werden.

Ursachen dieser Treuhand-Katastrophe

Wie oben voll akzeptiert, steht der Treuhandanstalt und ihren Außenstellen ein Berg von Arbeit ins Haus.

Diese Arbeit hätte auf hoher Ebene der seinerzeit bestehenden zwei deutschen Staaten koordiniert werden müssen, im Hinblick auf wirtschaftlichen Zusammenschluß und politische Vereinigung hätte ein festes Programm die Treuhandanstalt zum Handeln zwingen müssen. Selbst wirtschaftliche Fehlentscheidungen in Einzelfällen hätten nie solche Auswirkungen gezeigt wie jetzt die Stagnation auf der ganzen Linie.

Diese Arbeit hätte weiterhin anerkannte Wirtschaftsexperten und Persönlichkeiten an die Spitzen der Treuhandanstalt und ihrer Außenstellen berufen müssen, von denen man glaubhaft annehmen durfte, daß sie überhaupt an dem Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR interessiert sind.

Von der Modrow-Regierung konnte man solche Passagen nicht erträumen, von der de Maizière-Regierung hat man so ein Programm vergebens erwartet, sie hat deshalb einen nicht wieder einzuholenden Tempoverlust verschuldet. Weit schwerer als die Konzeptionslosigkeit der 1. freigewählten Volksvertretung auf ehemaligem DDR-Bereich ist ihr völliges Versagen in der die Treuhandanstalt betreffenden Personalpolitik. Es ist kaum vorstellbar, aber der überwiegende Personalbestand der Treuhandanstalt rekrutiert sich aus ehemaligen Genossen der Einheitspartei und war personell im Wirtschaftsministerium von Herrn Mittag und analogen Dienststellen in den ehemaligen DDR-Bezirken angesiedelt.

Ein besonders pikanter, aktenkundig verbriefter Fall wurde vor kurzem der nun nicht mehr erstaunten Öffentlichkeit bekannt, wonach ein treudienender SED-Funktionär, der 1972 für die „Überführung von Privatbetrieben in Volkseigentum" in seinem Bezirk verantwortlich war, nunmehr in seinem Bezirk als Leiter der Treuhand-Außenstelle verantwortlich ist für die Entflechtung der VE Kombinate und Rückführung in Kapitalgesellschaften (?!). Wäre es nicht zu makaber, könnte man ihm „Fachkompetenzen" nicht absprechen.

Inwieweit es solchen Leuten – ihre innere Bereitschaft einmal widerstrebend vorausgesetzt – überhaupt geistig möglich ist, dem Entwicklungsland ehem. DDR den Durchbruch zur erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft zu ermöglichen, darf aus mehreren Gründen bezweifelt werden.

Wie soll es nun weitergehen?

Eigentlich ganz simpel: Post darf nicht verloren gehen, Anträge müssen beantwortet werden, Zusagen der Treuhand müssen eingehalten werden, das entnervende Verschieben von Zuständigkeiten muß aufhören, es muß entscheidungsfreudiger (auch bei Inkaufnahme von Fehlentscheidungen) reagiert werden, Betrieben in den 5 neuen Bundesländern sollte man als verbesserte Startmöglichkeit im Rahmen der Gesetzlichkeit schnellstens entgegenkommen, man sollte sich als Treuhandanstalt nicht als Selbstzweck, als eine neue Obrigkeit betrachten.

„Die Unternehmer von kleines mittelständischen Betrieben, also aus Handwerk und Gewerbe, aus Handel, Dienstleistung und den freien Berufen, sind trotz ihrer Ablehnung von zuviel „Staat" an dieser Stelle einstimmig der Meinung, daß für den Komplex Treuhandanstalt der „Staat" zu sofortigem Handeln verpflichtet ist. Nicht Festschreibung und Etablierung der Treuhandanstalt ist hier die Frage, sondern eine mit Tempo betriebene Auflösung dieser Institution, zu diesem Zeitpunkt wären nämlich ihre vorübergehenden wichtigen Aufgaben erfüllt.

P.S. Zu dem oben erwähnten Leiter einer Treuhand-Außenstelle, der u. a. die ehemals von ihm enteigneten Betriebe nunmehr reprivatisiert, muß korrekterweise ein Nachtrag erfolgen. Nachdem Herr Rohwedder mit der Gesamtleitung der Treuhand befaßt war und sich dann vertraut machte, wurde dieser Ex-Genosse gefeuert aus seiner Position. Nachdem sich für dessen Nachfolger ähnliche „Hintergrundinformationen" ergaben, wurde auch er gefeuert aus seiner Position.

„Recht so", sagt der kleine Mann auf der Straße. Was Herrn Rohwedder aber offenbar entgangen ist, bleibt die Tatsache, daß beide o. g. Herren mit einem Dienstfahrzeug bestellt immer noch an Schreibtischen der gleichen Treuhand-Außenstelle sitzen.

Anm.: Siegfried Krüger ist Vorsitzender des Landesverbandes Berlin des Bundes der Selbständigen „Deutscher Gewerbeverband".

Treuhandanstalt nicht allein lassen

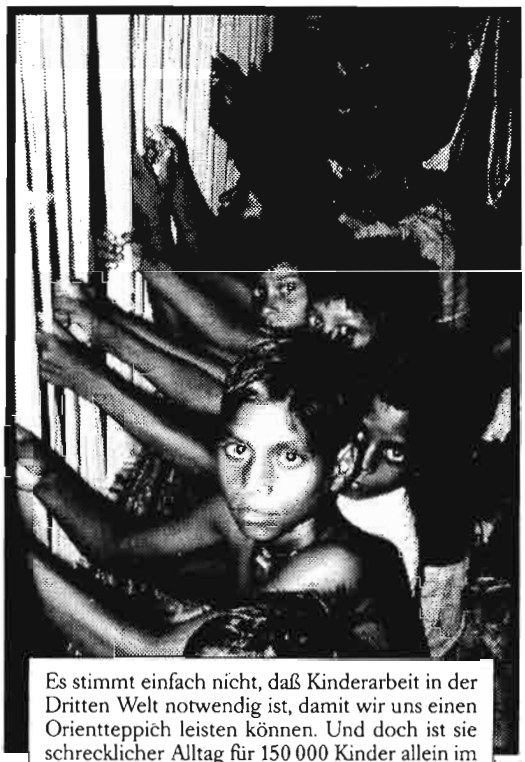
„Engagieren Sie sich auch persönlich: gehen Sie in Aufsichtsräte oder, wenn möglich, in die Geschäftsführungen der Ost-Unternehmen oder senden Sie fähige Mitarbeiter dort hin!" Diesen Appell richtet der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, **Dr. Klaus Murmann,** anläßlich der Nordrhein-Westfälischen Unternehmertagung in Düsseldorf, an seine Unternehmer-Kollegen.

Die Treuhandanstalt dürfe bei den Aufräumarbeiten in den neuen Bundesländern nicht allein gelassen werden; andernfalls brauche man sich nicht zu wundern, wenn ihr kein Erfolg beschieden sei. Wirtschaftlich wie politisch sei eine Durchsetzung des Ost-Managements mit Fachleuten aus dem Westen dringend geboten. Dies sei die einzige Chance, die alten Seilschaften zu entknoten.

Grundsätzlich plädierte Murmann für einen verstärkten wechselseitigen Austausch zwischen Ost und West, dem auch die zunehmenden Pendlerbewegungen zuzurechnen seien. Derartige Wanderungen seien in Zukunft ganz natürlich. „In einem einheitlichen Gebiet ist es nicht sinnvoll, Wanderungsbewegungen verhindern zu wollen. Der Markt ist hier der beste Regulator", erklärte er. Gerade durch die Pendlerbewegungen glichen sich auch der Arbeitskräfteüberhang im Osten und der Arbeitskräftemangel im Westen zumindest teilweise aus.

Dies gelte auch für die „Arbeitnehmer-Überlassung". Der Deutsche Gewerkschaftsbund nehme hier vereinzelte negative Beispiele zum Vorwand, die Leiharbeit pauschal zu verurteilen. Gerade kleineren und mittleren Betrieben bleibe jedoch oft nichts anderes übrig, als bei Ausfällen und Auftragsspitzen auf Leiharbeitskräfte zurückzugreifen. Es dürfe jedoch kein „Schindluder" mit dem noch starken Gefälle zwischen Ost und West getrieben werden. „Ich bin ebenso klar gegen illegale Leiharbeit, wie sie hier und da auftritt", fügte Murmann hinzu. Derartigen Fällen sei am besten durch den Abschluß von Tarifverträgen beizukommen. Murmann forderte die Gewerkschaften auf, „endlich ihren ideologischen Schatten zu überspringen" und Verhandlungen mit den zuständigen Verbänden über Tarifverträge für Leiharbeit aufzunehmen.

Liebe deinen Nächsten wie dich selbst



Es stimmt einfach nicht, daß Kinderarbeit in der Dritten Welt notwendig ist, damit wir uns einen Orientteppich leisten können. Und doch ist sie schrecklicher Alltag für 150 000 Kinder allein im indischen Mirzapur-Distrikt.

Unsere Projektpartner setzen sich für menschenwürdigere Lebensumstände der mißbrauchten Kinder in den Teppichwerkstätten ein. Sie machen die Öffentlichkeit auf gesetzwidrige Zustände aufmerksam, wirken auf Behörden und Arbeitgeber ein, befreien Kinder aus der Sklaverei.

Bestehen Sie deshalb beim Teppichkauf auf Ware, die von Erwachsenen geknüpft, bei der gesetzlicher Mindestlohn bezahlt wurde. Und helfen Sie durch Ihre Spende den Benachteiligten dieser Erde.

Brot für die Welt Den Armen Gerechtigkeit

Postgiro Köln 500 500 500
Postf. 10 11 42 · 7000 Stuttgart 10

Politik aus christlicher Verantwortung

Die Bedeutung von Denkschriften und Verlautbarungen für politisches Handeln

Albrecht Martin

Persönlich spreche ich lieber von der politischen Verantwortung der Christen als von einer Politik aus christlicher Verantwortung, weil die letztere Formulierung die Ansicht nahelegt, daß es eine bestimmte Politik gebe, die allein sich auf christliche Verantwortung gründet. Nach meiner Überzeugung aber können höchst unterschiedliche politische Programme und Konzeptionen von Menschen vorgetragen und vertreten werden, die sich in gleicher Weise als Christen in die Verantwortung gerufen wissen.

Die damit angesprochene Problematik kann man an einigen politischen Auseinandersetzungen aus der Geschichte der Bundesrepublik illustrieren, die auch zu erheblichen Diskussionen innerhalb der EKD führten. Ich nenne eine Entscheidung, zu der es keine Denkschrift der EKD gegeben hat.

Bekanntlich hat es in den ersten Jahren der Bundesrepublik eine erbitterte Auseinandersetzung um die Westintegration und um einen deutschen Verteidigungsbeitrag gegeben. Während Konrad Adenauer beides als Voraussetzung für die Bewahrung der Freiheit der Bundesrepublik und für eine Wiedervereinigung sah, betrachteten andere in beiden Entscheidungen eine Zementierung der deutschen Teilung und die Rückkehr in altes machtpolitisches Denken. Die Diskussion führte zu einer schweren Belastung der EKD, und es war keineswegs selbstverständlich, daß man sich zu dem Entschluß durchrang: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen."

Damit und angesichts dieser Erfahrungen ist das Wesen der Denkschriften, ihr Auftrag, ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen, zu umschreiben. Wichtig ist dabei, daß man sich zunächst einmal mit aller Deutlichkeit klarmacht: es handelt sich um Denkschriften, d. h. um Veröffentlichungen, die zum Nachdenken anregen wollen. Sie führen Umstände und Gesichtspunkte an, die in der bisherigen politischen Diskussion gar nicht oder nicht genügend beachtet wurden, und sie formulieren Aufgaben und Ziele, die vom Christen, der politische Verantwortung trägt, beachtet werden sollen. Dabei werden auch Zusammenhänge sichtbar, die bisher aus den Augen geschwunden waren. Daraus können sich sowohl neue Beurteilungen des Problems als auch neue, bisher nicht gesehene Lösungsmöglichkeiten ergeben.

Albrecht Martin: Lösungsmöglichkeiten werden zur Diskussion gestellt

Aber: Mit allen Denkschriften haben die der EKD gemeinsam, daß sie Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion stellen, aber nie eine Möglichkeit als zwingend sich aus dem Ansatz her ergebend dekretieren können! Denkschriften der EKD haben nichts mit päpstlichen Enzykliken gemein, sondern fordern zur kritischen Auseinandersetzung heraus.

Worin ist die besondere Autorität der Denkschriften begründet?

Der Christ wie der Nichtchrist können zunächst einmal davon ausgehen, daß die Verfasser der Denkschrift, also die Mitglieder der mit der betreffenden Schrift betrauten Kammer, keine eigenen Interessen vertreten, wie man das bei irgendeinem Verband voraussehen darf.

Man kann weiter davon ausgehen, daß Christen beteiligt sind, die eine gewisse Erfahrung mit der Umsetzung von Beschlüssen in die Praxis haben und die Konsequenzen für die Praxis, soweit das überhaupt möglich ist, überblicken können.

Für den Christen ist aber entscheidend, daß er davon ausgehen kann, daß an der Denkschrift Menschen mitgearbeitet haben, mit denen ihn – unbeschadet aller Meinungsverschiedenheiten – das Bekenntnis zu Jesus Christus verbindet.

Bei einer von beiden Kirchen bzw. ihren Leitungsorganen gemeinsam getragenen Verlautbarung steigt das Gewicht, weil der Kreis derer, mit denen man sich in entscheidenden Grundfragen einig weiß, erheblich wächst und damit die Chancen auf Akzeptanz der sich aus der Verlautbarung eventuell ergebenden Folgerungen.

Wichtig ist ferner, daß über eine Denkschrift nicht während der Arbeit öffentlich diskutiert wird, sondern daß erst die fertige Denkschrift der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Sollte nämlich während der Arbeit an der Denkschrift eine bestimmte Aussage im Sinne der von einer Gruppe vorgetragenen Auffassung geändert werden, so erschiene das allen leicht als Sieg eben dieser Gruppe: die Denkschrift wäre zum Agitationspapier entartet.

Trotz ihres inhaltlichen Wertes und trotz einer bedeutenden Autorität ist die unmittelbare politische Wirkung von Denkschriften meist sehr gering. Äußern sie sich zu einem bestimmten Problem von zwar grundsätzlicher, aber doch sektoraler Bedeutung, so wecken sie nicht das Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit, das für eine breite politische Wirkung Voraussetzung ist; ich denke etwa an die Denkschrift zu **landwirtschaftlichen Strukturproblemen oder die zur Langzeitarbeitslosigkeit.** Letztere löste zwar parlamentarische Initiativen aus, aber im öffentlichen Bewußtsein trat sie sehr bald zurück, weil offenbar es kein Rezept gibt, das dieses Problem verschwinden ließe. Denkschriften zielen auf die Veränderung des Denkens, und das ist durch politische Entscheidungen allenfalls langfristig zu beeinflussen.

Bemerkenswert ist, daß große und ein grundsätzliches Thema breit aufarbeitende Denkschriften nach meinem Eindruck im politischen Bereich stärker beachtet werden und Wirkung haben als im kirchlichen. Ich denke etwa an die Denkschrift **„Gott ist ein Freund des Lebens".** Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es auch dieser Denkschrift zu verdanken ist, daß heute der Zusammenhang des Schutzes des Lebens auf allen Gebieten deutlicher gesehen wird als früher, und das gerade im politischen Bereich. Im kirchlichen Bereich bin ich dagegen wiederholt der Ansicht begegnet, daß diese Denkschrift in bestimmten, jeweils interessierenden Teilbereichen nicht so eindeutig rede, wie man das von Kirche erwarte. Man erwartet eben im Grunde die Bestätigung der eigenen Auffassung.

Exemplarisch wurde das deutlich an der Aufnahme der Denkschrift **„Frieden wahren, fördern und erneuern";** erschienen im Oktober 1981, also vor Beginn der Nachrüstungsdiskussion. 1984 veröffentlichte der Rat der EKD unter dem Titel **„Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse"** sechs Expertenbeiträge, die den Versuch machen sollten, ausgehend von der Denkschrift „eine Empfehlung für den absehbaren nächsten möglichen Schritt zur Abrüstung und in Richtung auf politische Friedensordnungen" zu geben.

Wie nicht anders zu erwarten, erwies es sich als undurchführbar, eine einmütige Empfehlung für einzelne politische Optionen zu erarbeiten, wie der Ratsvorsitzende feststellte. Damit war in den Augen vieler auch die Denkschrift weitgehend entwertet, weil man von der Kirche eben „ein Nein ohne jedes Ja" zur Nachrüstung und zur Konzeption der Abschreckung insgesamt als der einzigen, für den Christen mögliche Haltung, erwartete.

Das ist wohl auch der Grund dafür, daß – soweit ich sehe – die wirklich bedeutsame Denkschrift im **„konziliaren Prozeß**

für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" von Stuttgart bis Seoul keine Rolle gespielt hat; dort erwartet man eben eindeutige Lösungen! Es ist ja auch nicht zufällig, daß gerade jene Gruppen in der ehemaligen DDR, die – ausgehend von diesem konziliaren Prozeß – mit Leidenschaft für die Wende in der DDR eintraten, sich vom Ergebnis des Einigungsprozesses enttäuscht zeigen. Gerade in ihren besten Kräften tragen die Vertreter des konziliaren Prozesses stark eschatologische Züge und dem kann natürlich keine Denkschrift Genüge tun!

Eine Betrachtung der Bedeutung der Denkschriften für den politischen Bereich kann natürlich nicht an der sogenannten **Ostdenkschrift von 1965** vorübergehen. Es wird heute oft vergessen, daß ihr Titel lautet: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn". Die Denkschrift arbeitete in ihem 2. Teil die rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge heraus, betonte die Interessen Polens und die Rechte der inzwischen in den ehemaligen deutschen Provinzen angesiedelten Menschen, forderte ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Deutschen und Polen und relativierte das Recht auf Heimat. Sie forderte keineswegs eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesregierung, aber ließ erkennen, daß eine solche Anerkennung im Zuge einer völligen Neuordnung eines partnerschaftlichen Verhältnisses notwendig sein könne.

Diese Denkschrift stieß nun in eine innen- wie außenpolitische Umbruchsituation. Ich meine damit einmal die Neuorientierung der amerikanischen Politik, zum anderen jene Bewegung, die man die 68er Revolution nennt.

Die Anerkennung der neuen Grenze als Zeichen der Anerkennung der deutschen Schuld und der radikalen Abkehr von jedem nationalistischen, ja nationalen Denken, überhöhte eine politische Entscheidung ins Religiöse. Wer Einwände gegen die Denkschrift erhob, etwa darauf hinwies, daß sie an keiner Stelle den totalitären Charakter der Regierung der Volksrepublik Polen in ihre Überlegungen einbezog, erschien als jemand, der dem Friedensgebot gern widerstrebte. Natürlich widerstand die damalige Bundesregierung nicht der Versuchung, ihre Ostpolitik als die Konsequenz auch des theologischen Ansatzes der Ostdenkschrift erscheinen zu lassen. Auf der anderen Seite gab es eine bis heute nachwirkende Entfremdung zwischen Teilen der EKD und den Unionsparteien.

Am 1. Oktober 1985 übergab die Kammer für Öffentliche Verantwortung dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland diese Denkschrift.

Noch vor wenigen Jahren erklärte mir ein führendes Mitglied der nordelbischen Kirche, daß die Ostdenkschrift der Versuch gewesen sei, eine Politik in unmittelbarem Hören auf Gottes Wort zu gestalten und daß dem sich die Unionsparteien versagt hätten. Es gibt also auch eine Geschichte der Auslegung der Ostdenkschrift und diese Auslegung hat mit der ursprünglichen Intention wenig gemeinsam.

Die eigentliche Schwierigkeit, vor der Denkschriften sich sehen und die schon in der Ostdenkschrift angesprochen ist, ist ein theologisches Problem: ergibt sich aus dem Glauben eine bestimmte Betrachtung der politischen Probleme und folgt aus dieser Betrachtung zwingend ein bestimmtes Handeln, das dann allein als dem Christen möglich bezeichnet werden muß? Diese Frage wird von erheblichen Teilen unserer Kirche mit Ja beantwortet. Für sie sind dann Denkschriften eigentlich auch überflüssig, weil es keine Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten mehr gibt.

Im Oktober 1985 erschien die Denkschrift **„Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe".** Zum erstenmal äußerte sich die EKD nicht zu einem einzelnen Problem, sondern zu den Grundfragen des demokratischen Staates aus christlicher Sicht. Das ist umso überraschender, als die reformatorischen Wurzeln der modernen Demokratie mindestens in den USA und in Westeuropa nicht nur bekannt waren, sondern auch zur Akzeptanz der Demokratie wesentlich beigetragen haben.

Eine aufmerksame Lektüre gerade dieser Denkschrift macht die Gründe für das lange Zögern deutlich: Zunächst ist festzustellen, daß die Denkschrift zu einer sehr positiven Beurteilung unserer Verfassung kommt: die klare Begrenzung des staatlichen Auftrages, die Unterscheidung zwischen dem geistlichen Auftrag der Kirche und dem weltlichen Auftrag des Staates, die Möglichkeit zur friedlichen Entwicklung der sozialen Verhältnisse, die Orientierung an der Würde des Menschen, all das ist Zeichen der Affinität des der Verfassung zugrunde liegenden Menschenbildes am biblischen Menschenbild. Von daher ergeben sich für den Christen die Möglichkeit und die Pflicht, in diesem Staat mitzuarbeiten und ihn zu schützen.

Angemerkt sei freilich, daß 1987 von den Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche eine Thesenreihe „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion" veröffentlicht wurde, in der es zu These 6 heißt: „Dem christlichen Verständnis des Menschen als Person in menschlicher Gemeinschaft steht dieses Menschenrechtsdenken (nämlich das der sozialistischen Gesellschaft der UdSSR) in vielem näher als die bürgerlich-liberale Anschauung von individueller Freiheit." Es ist leicht einsichtig, daß man von dieser Haltung aus kaum zu einer positiven Einstellung zum Staat unseres Grundgesetzes kommen kann; andererseits zeigt diese Position, warum es in unserer Kirche Kreise gibt, die dem Zusammenbruch des Sozialismus nachtrauern.

Ungeachtet der oben skizzierten positiven Wertung des Staates des Grundgesetzes entsteht nun ein bemerkenswerter Bruch an der Stelle, an der nun von der Wahrnehmung der Pflichten und Rechte des Christen in der Demokratie die Rede ist. Das Widerstehen des Bürgers gegen einzelne gewichtige Entscheidungen staatlicher Organe, auch durch „eine begrenzte Verletzung der staatlichen Ordnung", wird ausdrücklich als legitime Möglichkeit anerkannt, wobei allerdings die Hinnahme von Strafen gefordert wird (S. 21 f.). Ganz abgesehen davon, daß in allen bisher eingetretenen Fällen die Strafe dann doch als Unrecht empfunden und als Kampfmittel gegen unseren Rechtsstaat eingesetzt wurde, bedeutet diese Einstellung in der Konsequenz eben doch die grundsätzliche Infragestellung des demokratischen Staates.

Trotz dieses weiten Entgegenkommens gegenüber den mit dem Begriff der Theologie der Königsherrschaft Christi umschriebenen Tendenzen hat die Demokratiedenkschrift zu keiner nennenswerten innerkirchlichen Diskussion geführt. Den „kritischen Kräften" ist sie zu staatstreu, die anderen sehen keinen Anlaß, sich mit Aussagen zu befassen, die Selbstverständliches enthalten.

Weil die Grenzen und Möglichkeiten kirchlicher Denkschriften von Anfang an als Problem gesehen wurden, hat der Rat der EKD schon 1970 eine Denkschrift über Denkschriften vorgelegt:

„Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen". Verfasser und Leser von Denkschriften sollten beachten, was dort ausgeführt wird!

Zusammenfassend sei festgehalten:

1. Denkschriften legen nicht nur das politische Problem dar, sondern spiegeln in vielen Fällen das gebrochene Verhältnis der evangelischen Christen zu aller weltlichen Ordnung wider.

2. Ihre Wirkung ist um so größer, je unbefangener sie als das gewertet werden, was sie sein sollen und auch allein sein können: Denkschriften.

Zur Bundestagswahl 1990

Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in den neuen Bundesländern zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

„In wenigen Woche werden die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zum erstenmal nach dem Ende der Spaltung unseres Landes ein gemeinsames Parlament wählen. Dies ist ein Vorgang von großer historischer Bedeutung für unser Volk und für Europa, an den sich viele Hoffnungen knüpfen.

Was sich seit einem Jahr ereignet hat, ist in der Geschichte unseres Landes beispiellos. Menschen haben mit friedlichen Mitteln ihre Freiheit errungen. Mauern sind gefallen, die willkürlich trennten, was zusammengehört. **Die freiheitliche Demokratie hat sich gegen Zwang und lebensfremde sozialistische Ideologie durchgesetzt.** Was viele Menschen jahrzehntelang – oft im Widerstand gegen Resignation und Diktatur – ersehnt haben, wofür ungezählte Menschen mit großem Einsatz politisch gewirkt und einige sogar ihr Leben geopfert haben, soll nun seine Vollendung finden: Die Einheit und Freiheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung.

Mit der Wahl des ersten gesamtdeutschen Bundestages und der Regierung, die aus seiner Mitte hervorgehen wird, nehmen die Wählerinnen und Wähler eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft Deutschlands vor. Es geht um eine Gesellschaft, in der es gerecht zugeht und in der auch soziale Randgruppen genügend Beachtung finden. Es geht um eine Marktwirtschaft, die gleichermaßen sozial und ökologisch gestaltet ist. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind hohe Ziele auch zukünftiger Politik.

Eine freiheitlich-demokratische Ordnung ist mehr als eine Dienstleistungsorganisation. Sie braucht die Mitwirkung aller. Sie muß von den Bürgern gewollt und von sittlichen Kräften ausgefüllt werden. Wie sehr es darauf ankommt, hat die vierzigjährige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Gelingen und in ihren Mißerfolgen immer wieder gezeigt. Jetzt muß sich die Generation derer, die heute für Gesellschaft und Staat in Deutschland verantwortlich sind, vor dieser Geschichte bewähren und sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft stellen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Gemeinsame Aktionsausschuß katholischer Christen rufen als Bürgerinnen und Bürger auf, sich dessen bewußt zu sein, ihrer Verantwortung gemäß zu handeln und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die deutsche Politik steht nach innen und außen vor Aufgaben, die von den demokratischen Kräften unseres Landes große Anstrengungen verlangen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in den letzten Jahren **zu vielen Entwicklungen und Aufgaben des politischen Lebens Stellung genommen und tritt für eine Politik ein, die sich an einer Wertordnung orientiert, die auch unser Grundgesetz bestimmt.**

Das Grundgesetz ist auch für die neue staatliche Ordnung in Deutschland die maßgebende Grundlage. Es hat seine Bewährungsprobe überzeugend bestanden. Jetzt sollen alle Deutschen an dieser Verfassungsordnung teilhaben, die ein Leben in Freiheit, in demokratischer Selbstverantwortung unter dem Schutz von Recht und Gerechtigkeit gewährleistet. Die Einstellung zum Grundgesetz ist ein entscheidender Prüfstein für die Beurteilung der Kandidaten und Parteien, die sich zur Wahl stellen.

Die Verwirklichung der Menschenrechte und die Beachtung der Menschenwürde bleibt eine vorrangige Aufgabe deutscher Politik. Diese selbstverständliche Forderung wird jedoch so lange nicht erfüllt, wie es Widerstände gibt, den Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen konsequent zu sichern. Es gibt keinen Grund, ein menschliches Wesen zum Verfügungsobjekt zu machen, seine Würde als Mensch zu mißachten und sein Lebensrecht in Frage zu stellen. Die deutsche Politik muß den Mut haben, in den heute so umstrittenen Fragen des Lebensschutzes zu einer Neubesinnung und zu einer neuen Ordnung zu kommen, die vorgegebenes Menschenrecht zum Fundament macht: Die werdende Mutter muß sich in der Gemeinschaft angenommen wissen; der Schwangeren in Notlagen müssen Hilfen und Beratung angeboten und dem ungeborenen Kind muß das Leben gesichert werden. Wo Menschen als Kinder, als Behinderte, im Krankheitsfall, in der Pflege und im Angesicht des Todes auf mitmenschliche Zuwendung besonders angewiesen sind, müssen der Schutz vor Gewalt und die Respektierung des eigenen Rechts besser gewährleistet werden.

Eine gute Zukunft für Deutschland erfordert eine Familienpolitik, die Ehe und Familie Vorrang und besonderen Schutz des Staates garantiert. Dazu gehören auch matereille Leistungen, die der Familie helfen, ihre unverzichtbaren Aufgaben in der Erziehung und Pflege zu erfüllen. Unsere Gesellschaft ist dringend darauf angewiesen, daß die Kinder in den Familien einen Lebensraum des Vertrauens und der Geborgenheit finden. Das ist eine unerläßliche Voraussetzung für ihre Entfaltung und für ihr Hineinwachsen in Gesellschaft und Beruf. Nicht weniger wichtig ist heute auch der Beitrag der Familien zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens im hohen Alter und im Pflegefall. Wir erwarten, daß der eingeschlagne Weg einer Politik für die Familie weiter beschritten wird und daß neue Verbesserungen bei den materiellen und kulturellen Rahmenbedingungen für die Familie durchgesetzt werden. Alleinerziehende bedürfen dabei besonderer Hilfe.

Mit der Wahl des nächsten Deutschen Bundestages entscheiden die Wählerinnen und Wähler auch darüber, daß die über Jahrzehnte hin verläßliche deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Atlantischen und der Europäischen Gemeinschaft fortgesetzt werden kann. Mit dieser Politik hat die Bundesrepublik das Vertrauen in der Welt, in West und Ost, errungen, das uns gerade im letzten Jahr in so großartiger Weise entgegengebracht worden ist. Wir dürfen es um keinen Preis aufs Spiel setzen. Diese Politik hat Abrüstung möglich gemacht. Sie ist auch die Grundlage für unsere europäische Einigungspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens. Mit der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes sind wertvolle Kräfte freigeworden, die für mehr Gerechtigkeit in der Welt und gegen Hunger und Armut eingesetzt werden können. Wir erwarten vom künftigen Parlament, daß es diesen Aufgaben einen hohen Rang einräumt.

Wir wissen, daß es in unserem demokratischen Leben auch extreme politische Gruppen gibt, die gefährliche Utopien vertreten, die die Zusammenarbeit für das gemeinwohl verweigern, Ausländerfeindlichkeit wecken, Egoismus und Neid schüren und die Grundlagen unserer Verfassungsordnung bestreiten. [illegible]che Gruppen und Parteien sind für den Neubau Deutschlands ungeeignet. Wer sie durch Wahlenthaltung aus Resignation oder Wahlentscheidung aus Protest direkt oder indirekt wählt, muß wissen, daß er damit ein Stück Zukunft verspielt.

Unabdingbar ist gerade jetzt die Solidarität aller, die sich zur freiheitlichen Demokratie bekennen. Je überzeugender sie sich darstellt, desto größer wird das Vertrauen in unsere Ordnung sein. Solidarität der Demokraten in den gemeinsamen Überzeugungen unserer Staatsordnung schließt den Streit um die Regelung der politischen Alltagsfragen nicht aus. Sie gebietet aber, ihn so zu führen, daß Gegnerschaft nicht zur Feindschaft wird und daß [illegible] aller Verschiedenheit von Interessen und persönlichen Ansichten Entscheidungen mit allgemein zumutbaren Folgen getroffen werden. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Gemeinsame Aktionsausschuß katholischer Christen erwarten von den Parteien und ihren Kandidaten, daß sie sich daran orientieren.

Wir appellieren an die deutschen Katholiken, im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Mesnchen gemeinsam mit allen Christen ihr politisches Gewicht für eine gute Zukunft in Deutschland einzusetzen. Wir rufen alle Wählerinnen und Wähler auf, durch ihre Wahlentscheidung Frieden und Freiheit zu sichern und eine Politik möglich zu machen, die der Rolle Deutschlands für Europa und die Welt gerecht wird."

Bonn und Magdeburg,
2. und 3. November 1990

Kurz notiert

EKD-Synode: Bewußte Christen sind in der Minderheit

Travemünde. Christen, die ihren Glauben bewußt leben, sind in Deutschland eine Minderheit. Das gilt auch dort, wo die Volkskirche – wie im Westen – über 80 Prozent der Bevölkerung umfaßt. Zu dieser Feststellung kam die Synode der EKD. Die Weitergabe der Glaubensbotschaft habe entscheidende Bedeutung, hieß es in einem Beschluß. Das westdeutsche „Kirchenparlament" befaßte sich nach 1988 zum zweiten Mal mit dem vom [illegible]-Ratsvrostzenden, Bischof **Martin Kruse,** angeregten Thema „Glauben heute: Christ werden – Christ bleiben". Zur Weitergabe der christlichen Botschaft sind, wie der Beschluß hervorhebt, folgende Elemente wichtig: die Bibel, der Gottesdienst, die Gemeinden und die Diakonie. Begrüßt wird die Initiative aller Kirchen in Deutschland, 1992 als „Jahr mit der Bibel" zu begehen und umfassend für die Beschäftigung mit dem „Buch der Bücher" zu werben.

EKD-Synode wird erweitert

Travemünde. Die neue gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die sich im November nächsten Jahres konstituiert, wird voraussichtlich statt bisher 120 dann 150 Synodale umfassen. Diese Erwartung äußerte der Präses der Synode, **Jürgen Schmude,** gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd). Auf die acht ostdeutschen Landeskirchen werden nach diesen Vorstellungen 33 gewählte Synodale und fünf berufene Synodalmitglieder entfallen.

Für die bisherigen 17 Mitgliedskirchen sind 97 gewählte Synodale und 15 berufene Mitglieder vorgesehen. Es sei nicht vertretbar, so Schmude, besondere Schwierigkeiten in den ehemaligen DDR-Kirchen jetzt auszunutzen, um deren Anteil an der neuen Synode zu drücken. In der neuen Legislaturperiode soll dann die endgültige Zusammensetzung der neuen EKD-Synode bestimmt werden.

(aus: epd)

Fruchtbare Gespräche geführt

Travemünde. Am Rande der Synode fand am 6. 11. 1990 der schon traditionelle Empfang des Evangelischen Arbeitskreises statt. Zu diesem Anlaß konnte der EAK-Bundesvorsitzende, **Peter Hintze,** über 100 Teilnehmer der Synode, unter ihnen Präses **Dr. Jürgen Schmude** und der Ratsvorsitzende Bischof **Dr. Martin Kruse,** sowie zahlreiche Pressevertreter begrüßen.

Dank für praktizierte Solidarität der Kirchen

In seinem Grußwort stellte Kanzleramtsminister **Rudolf Seiters** die große Anteilnahme der Kirchen bei der friedlichen Wiederherstellung der staatlichen Einheit heraus, wenn er u. a. ausführt:

An der friedlichen Umwälzung der vergangenen Monate und des vergangenen Jahres haben die Kirchen erheblichen Anteil – die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen, aber auch die EKD. Das Band der – wie es hieß – „besonderen Gemeinschaft" erwies sich in den Jahren der organisatorischen Trennung für Ihre unter weitaus schwierigeren Bedingungen lebenden Glaubensbrüdern und -schwestern als eine unentbehrliche Stütze.

Und schließlich gaben die Kirchen vor und während der friedlichen Revolution wichtigen Kristallisationspunkten des friedlichen Widerstandes Raum und Beistand. Und deswegen möchte ich Ihnen allen – den Vertretern der EKD, den Gästen aus den neuen Bundesländern wie auch allen Mitgliedern Ihrer Kirche – für die praktische Solidarität und die Anteilnahme bei der friedlichen Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands den Dank des Bundeskanzlers und der gesamten Bundesregierung aussprechen.

Auch nach der Beseitigung der totalitären SED-Zwangsherrschaft ist der politische Prozeß der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch die Kirchen hilfreich begleitet worden. Ich erwähne als Beispiel die Loccumer Erklärung und vor allem die Erklärung für eine gemeinsame Zukunft. Die ermutigenden Worte gerade dieses Dokumentes trüben nicht den Blick für die Schwierigkeiten, die mit den vor uns liegenden Herausforderungen verbunden sind. Sie machen aber auf einfühlsame Weise deutlich, daß in außergewöhnlichen Zeiten auch außergewöhnliche Anstrengungen und Lösungen geboten sind – in Solidarität mit unseren Landsleuten.

Den Politikern ist gerade in den letzten Wochen und Monaten immer wieder eine schnelle Weichenstellung und gleichzeitig sorgfältigste Abwägung abverlangt worden. Wir mußten schnell handeln, weil es dem Willen der Menschen entsprach, und auch mit Blick auf die großen Chancen, die die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mit sich bringt: für den Ost-West-Dialog, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, für ein neues Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten, das, so hoffen wir, in Freundschaftsverträge einmünden wird als Motor der europäischen Einigung und zur verstärkten Hinwendung zu den Problemen der Dritten Welt.

Zweifellos gehört zu den Aufgaben in den neuen Bundesländern jetzt die Umgestaltung des Wirtschaftslebens von der entmündigenden Kommandowirtschaft hin zur sozialen Marktwirtschaft. Dies bedeutet auch die Entfaltung von Eigeninitiative, von eigenen Kräften und eigener Phantasie. Es handelt sich also keineswegs nur um ein monetäres Problem, wie wir immer wieder spüren, wenn wir jetzt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in die Verwaltung, in die Kommunen hineingehen, was 40 Jahre Kommandowirtschaft bedeutet haben. Großzügige Hilfe ist notwendig, damit die Bürger, Kommunen und Länder bald ihre Zukunft aus eigener Kraft finanzieren können.

Wir stehen aber ganz generell vor der großen geistigen und kulturellen Herausforderung, zwei bisher gesellschaftlich gegensätzliche Ordnungen zu vereinen. Sie waren nicht nur durch einen unterschiedlichen Lebensstandard, sondern über viele Jahrzehnte hinweg durch ein unterschiedliches gesellschaftliches Bewußtsein geprägt. Die Zwangsherrschaft in der DDR hat nicht nur den Häusern und Fabriken, den Straßen und der Umwelt schwere Schäden zugefügt, sie hat auch tiefe Wunden in den Köpfen und Herzen der Menschen hinterlassen. Nur mit viel Einfühlungsvermögen und Verständnis werden wir Unterschiede und Trennendes ausgleichen und überwinden können. Vor allem brauchen wir dazu die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und gegenseitig voreinander zu lernen.

Ich sage dies auch vor dem Hintergrund, daß 40 Jahre SED-Diktatur bei vielen Menschen ein Defizit an geistiger Orientierung hervorgebracht haben. Die SED hat es nicht geschafft, das Bewußtsein für den Wert der Freiheit und der Menschenrechte zu zerstören. Es gibt aber Verwundungen, Narben und Nachwirkungen, und es darf als Hinterlassenschaft der kommunistischen Ideologie kein geistiges und moralisches Vakuum zurückbleiben.

Eine an dem Menschenbild des Grundgesetzes und seinen christlich geprägten Grundwerten orientierte Erziehung und Bildung wird vor allem Aufgabe der Familie, aber auch des Staates und der gesellschaftlichen Gruppen sein. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, vor die sich die Kirchen in den neuen Bundesländern, angesichts eines überwiegend agnostischen Umfeldes gestellt sehen. Um so begrüßenswerter sind der Elan vieler Christen und die Bereitschaft der Kirchen, das gesellschaftliche Leben aus christlicher Verantwortung heraus mitzugestalten und die Diskussion über die notwendige geistige Orientierung entscheidend zu prägen.

Ein notwendiger Bewußtseinswandel ist in den alten und neuen Bundesländern hinsichtlich des Schutzes des Lebens notwendig. Ich füge hinzu, daß sich das Problem des Lebensschutzes in der früheren DDR nicht nur auf das ungeborene Leben beschränkt. Dieses war wie das behinderte und das alte und kranke Leben für das funktionalistische Menschenbild des SED-Kommunismus ohne Interesse. Inzwischen kann das Anliegen des ungeborenen Lebens in der öffentlichen Diskussion Anwälte finden.

Allen evangelischen Christen in Deutschland wünsche ich sehr herzlichen Erfolg bei diesen Bemühungen und Gottes Segen. ■

Begegnung Kirche und Wirtschaft

Berlin-Weißensee. Zu einer Begegnungs- und Informationstagung trafen sich Unternehmer aus beiden Teilen Deutschlands sowie Mitglieder von Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK).

Zur Thematik „Die Ordnungsfunktionen einer Marktwirtschaft und ihre sozialen Komponenten" hatten der Ausschuß „Kirche und Gesellschaft" beim BEK zusammen mit dem „Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in der Bundesrepublik" eingeladen.

Aus der ehemaligen DDR nahmen auch Vertreter der Mittelstandsvereinigung, des Arbeitgeberverbandes und angehende Unternehmer teil.

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitsgeberverbände, **Dr. Fritz-Heinz Himmelreich,** zeigte auf, daß politische Mündigkeit auch nach wirtschaftlicher Mündigkeit verlange. Diese könne nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung verwirklicht werden, die sozial und ökologisch abgesichert sei. Ein starker Staat müsse für die Rahmenbedingungen einer sozialen Absicherung Sorge tragen.

Prof. Dr. Jürgen Nitz vom Institut für Europäische Studien, Berlin (früher IPW), informierte über die drei möglichen Entwicklungsphasen der Umstellung auf eine Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern. Die Talsohle der Probleme sei für die Bevölkerung der neuen Bundesländer noch nicht erreicht.

Für die Zukunft des Christentums ist es freilich weniger entscheidend, wie viele Kirchenmänner Hand anlegen, um den Karren der Politik aus dem sozialistischen Morast zu ziehen, so wichtig es ist für die „weltliche Welt", daß sie dabei Erfolg haben. Glaube kann nicht dauerhaft bestehen ohne das lebendige Zeugnis von Menschen, die ihn leben und ihn weitergeben an Kinder und Kindeskinder, aber auch nicht ohne das feste Gehäuse einer Kirche, die Heimat bietet.

Otto B. Roegele:
Mythen und Fakten.
In: Die politische Meinung

Im Bundestag wird künftig gesamtdeutsch gebetet

Bonn. Im Bundestag wird künftig gesamtdeutsch gebetet. Mit dem Einzug von 144 Abgeordneten der bisherigen DDR-Volkskammer wird auch der seit 1980 bestehende parlamentarische Gebetskreis Zuwachs bekommen. Dies teilte der Leiter des Kreises, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium **Horst Waffenschmidt,** mit. Nach Angaben des CDU-Politikers haben bereits eine Reihe von Parlamentariern aus der DDR ihr Interesse an dem Gebetskreis bekundet. Seine Treffen werden bisher regelmäßig von 15 bis 20 Abgeordneten aller Parteien besucht. Unter ihnen ist auch Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth. In der Volkskammer beten noch mehr Parlamentarier gemeinsam. Laut Waffenschmidt treffen sich im dortigen Gebetskreis zwischen 60 und 80 Politiker aller Parteien außer der SED-Nachfolgepartei PDS. Eifrigster Orgelspieler sei der Unterhändler für den Einigungsvertrag, Staatssekretär **Günther Krause.** Waffenschmidt bezeichnete den Gebetskreis des Bundestages als einen „Ort der Stille" im hektischen Bonner Alltag. Die Besucher verstünden sich als Brükkenbauer zwischen den Parteien. **(aus idea)**

Evangelische Kirche gegen Änderung des Asylrechts

Hannover. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich gegen eine Änderung des Asylrechts gewandt und erneut vor Fremdenfeindlichkeit gewarnt. Das Grundrecht auf Asyl dürfe „nicht verändert oder geschmälert werden", heißt es in einer am Wochenende vom Rat der EKD in Hannover veröffentlichten Erklärung. Die Entscheidung über den Asylantrag müsse aber „zügig getroffen und konsequent umgesetzt werden". Die sozialen und politischen Probleme, die durch die Aufnahme Asylsuchender entstünden, erforderten jedoch weitergehende Anstrengungen und ließen sich nicht durch eine Änderung der Gesetze lösen, betont der Rat der EKD.

Nach der Öffnung der Grenzen in Europa suchten viele Menschen, die in ihren Herkunftsländern unter „wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Verdrängung" litten, in Deutschland „neue Lebensmöglichkeiten". „Hier können nicht alle aufgenommen werden", betont die EKD. Die Bundesregierung wird deshalb gebeten, die Asylverfahren zu entlasten und „andere Möglichkeiten für eine kontrollierte und flexible Wanderungspolitik in Deutschland sowie im weiteren Rahmen europäischer Vereinbarungen" zu suchen.

Die Verantwortlichen in den Kommunen stünden heute „vor fast unlösbaren Aufgaben" und fühlten sich mit der Aufnahme weiterer Menschen überfordert. Die erheblichen Probleme auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt führten zu „Spannungen in der Bevölkerung, die sich leicht in Aggressionen gegen alle ‚Fremden' entladen", stellt die EKD weiter fest. Den Flüchtlingen und anderen ausländischen Mitbürgern dürfe aber nicht eine Situation angelastet werden, für die sie nicht verantwortlich seien. „Dramatisierungen und tendenziöse Darstellungen schüren Ängste und Aggressionen", betont die EKD und ruft zu einer „sachbezogenen Diskussion" der Asylpolitik auf.

Die evangelische Kirche begrüße die Bestrebungen der Bundesregierung, die Ursachen der Flucht verstärkt in den Herkunftsländern zu bekämpfen. „Eine Politik, die sich um Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Menschenrechte bemüht, kann am ehesten zu einer Entspannung der Flüchtlingsproblematik beitragen", erklärt der Rat der EKD.

(aus: epd)

Das Fairneß-Abkommen zwischen Tierschützern und Kürschnern vom 3. Juli 1990

Bei Beginn der kalten Jahreszeit erinnern wir unsere Mitglieder an den dringenden Appell der Tierschützer, keine Naturpelze zu kaufen, da die betreffenden Tiere in den Farmen in tierquälerischer Weise gehalten werden. Der seit Januar 1990 als Tierschutzbeauftragter des Landes Hessen tätige Ilja Weiss und der als wissenschaftlicher Vertreter für den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere im Ständigen Ausschuß des Europarates tätige Dr. Edmund Haferbeck schlugen vor, den Stil der Auseinandersetzung mit der Pelzindustrie zu ändern. Man empfiehlt ein faires, d. h. achtungsvolles Verhalten.

Sowohl der Deutsche Tierschutzbund e. V. als auch der Bundesverband Tierschutz e. V., der Bund gegen den Mißbrauch der Tiere e. V., der Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V. und der Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e. V. lehnen eine verharmlosende Auseinandersetzung, die eine der elendsten Tierquälereien betrifft, ab.

(aus: Mitteilungen zum Welttierschutztag 4. 10. 1990, Hrsg.: Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung)

Untersuchung zur Ursache von Ehescheidungen erschienen

Nicht der Bedeutungsverlust von Ehe als Institution macht Ehen scheidungsanfällig, sondern idealisierte, oft überzogene Erwartungen an die Qualität der Partnerschaften.

Dies ist eins der wichtigsten Ergebnisse einer umfangreichen soziologischen Untersuchung zu den Scheidungsursachen, die das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit 1986 an das Institut Frau und Gesellschaft vergeben hat. Neben einer Sichtung der vorhandenen Literatur, wurde eine Expertenbefragung (E[illegible]i und Familienberatungsstellen), eine qualitative Befragung von 65 geschiedenen und 19 verheirateten Personen sowie eine schriftliche Befragung von 400 Geschiedenen und 60 Verheirateten durchgeführt.

Ziel der vom Institut Frau und Gesellschaft unter der wissenschaftlichen Leitung von Frau Prof. Dr. Nave-Herz durchgeführten Untersuchung war es, den Anstieg der Ehescheidungen in den letzten 100 Jahren zu erklären (Seit 1890 haben sich die Ehescheidungen von damals 0,7 Scheidungen je 1000 bestehende Ehen auf 8,7 Scheidungen im Jahre 1987 mehr als verzehnfacht).

Die Untersuchung ist in der Schriftenreihe „Theorie und Praxis der Frauenforschung" des Instituts Frau und Gesellschaft veröffentlicht worden und ist im Buchhandel erhältlich.

„Wir brauchen das lebendige Zeugnis von Christen“

Dr. Helmut Kohl

Vor wenigen Wochen haben wir die staatliche Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit vollendet. Ich selbst habe dieses Ereignis als eines der glücklichsten und schönsten in meinem Leben empfunden. Unser Volk bekam die Chance und hat sie genutzt, Jahrzehnte schmerzlicher Trennung friedlich und in vollem Einvernehmen mit seinen Nachbarn zu überwinden. Und ich denke, wir haben nicht nur das Recht, uns darüber zu freuen, sondern wir sollten die wiedergewonnene Einheit und Freiheit aller Deutschen auch als Geschenk verstehen, für das wir Gott zu danken haben.

Die Wegstrecke, die vor uns liegt, ist gewiß nicht leicht. Der Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft ist eine gewaltige Aufgabe. Wirtschaft und Unternehmen in den neuen Bundesländern müssen durchgreifend neu strukturiert werden. Anstelle der in über 40 Jahren geübten Reglementierung „von oben“ müssen Eigeninitiative und die Entfaltung der Kräfte und Fähigkeiten des einzelnen treten. 40 Jahre Sozialismus in der ehemaligen DDR stehen für Mißwirtschaft, ökologischen Raubbau und staatliche Gängelung. Die Folgen zu beseitigen ist ein Gebot der Solidarität aller Deutschen. Wir wollen diesen Weg gemeinsam gehen. Wenn wir zusammenhalten und auch zu Opfern bereit sind, haben wir alle Aussichten auf einen gemeinsamen Erfolg. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür könnten nicht besser sein: Jetzt können alle Deutschen die Früchte der konsequenten Wirtschafts- und Finanzpolitik ernten, die wir seit 1982 im Westen Deutschlands betrieben haben. Mit der Sozialen Marktwirtschaft und mit dem Fleiß und der Leistungsbereitschaft der Menschen werden wir schon in wenigen Jahren in den neuen Bundesländern blühende Landschaften geschaffen haben.

Die kommunistische Diktatur hat nicht nur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Raubbau betrieben. Sie hat auch schwerwiegende Folgen im geistigen Leben und in den Seelen der Menschen hinterlassen – ein Defizit an Sinn und geistiger Orientierung sowie seelische Verwundungen, Narben und Fehlhaltungen. Daher bedürfen die Menschen in besonderer Weise geistigen Halts. Es gilt, Orientierung zu vermitteln und insbesondere den Sinn für den unauflöslichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zu entwickeln und zu stärken. Vor allem die Familie ist und bleibt der wichtigste Ort für die persönliche Entwicklung und für die Vermittlung von Werten und Tugenden. Sie muß in besonderer Weise gefördert werden, ebenso eine am christlichen Menschenbild und den Grundwerten des Grundgesetzes orientierte Erziehung und Bildung. Es ist erfreulich, daß die Kirchen, die schon vor und während der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR vielen Menschen geistigen Halt boten, die vor ihnen liegenden Aufgaben der Schärfung des Wertebewußtseins und der geistigen Orientierung erkannt haben und entschlossen weiterverfolgen.

Dabei wir es nicht leicht sein, ein lebendiges Gemeindeleben mit Ausstrahlung auch auf Andersdenkende zu erhalten und auszubauen, wenn jetzt der Druck durch das überwundene atheistische Regime einer weitgehenden Säkularisierung des Lebens weicht. Es gibt auch hier jedoch Grund zu Optimismus und Hoffnung: In den letzten Monaten haben wir immer wieder erfahren, mit welchem Einsatz und welchem Elan engagierte Christen bereit waren, politische und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Vor allem in dem großen Bereich der Erziehung – angefangen von der Erziehung vor Schulbeginn über die Grundschule, weiterführende Schulen bis hin zur akademischen Ausbildung – brauchen wir das lebendige Zeugnis der Christen.

Die Rück- und Neubesinnung auf das christliche Verständnis vom Menschen ist auch notwendig für die große Aufgabe eines umfassenden Lebensschutzes. So war ja das Leben der Ungeborenen für die menschenverachtende Ideologie des SED-Sozialismus ohne Interesse. Ungeborenes Leben wurde zum bloßen Verfügungsobjekt im Rahmen von Familienplanung degradiert. Jetzt sind wir dabei, auch in guter Zusammenarbeit mit den Kirchen, ein Beratungsnetz in den neuen Bundesländern aufzubauen. So haben wir die Chance, einen Bewußtseinswandel zugunsten des Lebens herbeizuführen. Die von mir geführte Bundesregierung wird den Auftrag des Einigungsvertrages erfüllen, den Schutz des werdenden Lebens in Deutschland zu verbessern. Hierin sehe ich eine zentrale Aufgabe für die kommende Legislaturperiode.

Das Scheiteren des Sozialismus liegt letztlich in seinem gestörten Verhältnis zur persönlichen Freiheit begründet. Sozialisten träumen davon, den Plan einer perfekten Welt verwirklichen zu können. Dagegen sehen Christen gerade in der Annahme unserer menschlichen Unvollkommenheit und Fehlbarkeit eine unabdingbare Voraussetzung dafür, Freiheit verantwortlich zu gebrauchen und eine menschlichere Welt zu schaffen. Das Bewußtsein, nicht Verfügungsobjekt staatlichen Handelns, sondern eigenverantwortliches Subjekt zu sein, konnten auch 40 Jahre sozialistischer Gängelung nicht zerstören. Es zu stärken und Hilfestellung beim Umgang mit der neugewonnenen Freiheit zu geben, wird eine der wichtigen Aufgaben der nächsten Zeit sein, und sie wird an Bedeutung die wirtschaftlichen Herausforderungen schon bald übertreffen. Ich möchte alle Christen in Deutschland bitten, uns bei diesen wichtigen Aufgaben zu unterstützen. **(idea)**

Bücher

Karl Carstens:
Vom Geist der Freiheit
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1989

Wie vor ihm Theodor Heuss, Gustav Heinemann und Walter Scheel und nach ihm Richard von Weizsäcker hat Karl Carstens die Rede als das „ureigene Instrument des Bundespräsidenten“ (Wolfgang Jäger) verstanden. Auch nach seinem Auszug aus der Villa Hammerschmidt bedient er sich dieses Insruments, um die Deutschen an die Funktionen von Staat und Gesellschaft oder an bürgerliche Tugenden wie Fleiß und Pflichtbewußtsein zu erinnern.

Aber Carstens begnügt sich nicht mit solchen Appellen, die nur auf den ersten Blick altmodisch anmuten. Wie Heinemann mahnt der gläubige Protestant auch die christlichen Tugenden an, ohne dabei freilich vorwiegend auf die Schattenseiten des Lebens hinzuweisen. So sagt er 1985 vor dem Lutherischen Weltbund in Genf: „Nach meiner Überzeugung sollte ein Christ ... nicht Pessimismus oder gar Angst ausbreiten, sondern im Gegenteil Vertrauen, ja Fröhlichkeit.“

Die pessimistische Weltansicht hat nach Ansicht von Carstens ihren Grund nicht zuletzt in der negativen Definition des Freiheitsbegriffs der Französischen Revolution von 1789, nach der „man alles tun kann, was keinem anderen schadet“. Ihr stellt er das Paulus-Wort „Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“ gegenüber, womit auch die Freiheit vom Egoismus und der Dienst der Liebe am Nächsten gemeint sind.

Peter Beier: Kirche ist anders: Anrede, Aufruf, Zeugnis. Neukirchener Verlag des Erziehungsvereins, Neukirchen-Vluyn 1990

Das vorliegende Buch, eine Sammlung von Predigten, Reden und Berichten, kam auf Anregung des Neukirchener Verlages zustande. Herr Dr. Christian Bartsch, dem ich an dieser Stelle danke, hat sich um eine Auswahl von Texten aus der Zeit meines ersten Amtsjahres als Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland bemüht.

Den Leserinnen und Lesern, die sich ein kritisches Urteil über die hier gebotene Sache bilden wollen, kann es nützlich sein. Aber auch jenen, die grundsätzlich kirchlicher Arbeit und theologischem Denken skeptisch gegenüberstehen, könnte es vielleicht einige Anregungen zu neuer Nachdenklichkeit bieten. Denn Kirche ist ihrem Wesen nach in der Tat anders, als sie im Licht einer von gegenläufigen Interessen beherrschten Öffentlichkeit erscheint.

Der Vorteil des Buches liegt in seiner Aktualität und Spontaneität; der Nachteil liegt darin, daß nicht jeder Gedanke, jeder praktische Vorschlag ausreichend entfaltet werden konnte. Gerade dieser Sachverhalt mag aber den Lesern dazu dienen, kritische Fragen zu stellen, Angedachtes selbst fortzudenken und die kirchliche Realität mit meinen Vorlagen zu vergleichen.

Peter Beier
(Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland)

Aus unserer Arbeit

Sennetreffen in Bielefeld: „Wege, die Zukunft eröffnen"

Bielefeld. Zurückblickend auf das Jahr 1912, ab dem die Johannisgemeinde in Bielefeld sommerliche Ausflüge in die Senne machte, ist der Chronik zu entnehmen, daß zu Beginn der 20er Jahre der ehemalige Pfarrer Hammerschmidt zum ersten Mal auch andere Gemeinden eingeladen hatte, sich an dem „Sennetreffen" zu beteiligen.

Heute ist das „Sennetreffen", an dem immer viele 100, ja oft sogar viele 1000 Menschen teilnehmen, eine Art von Standortbestimmung der Bielefelder Christen und findet immer an einem Sonntag statt.

Der EAK-Stand auf dem Sennetreffen mit Superintendent Ortwin Steuernagel; im EAK-Stand Fritz Götza, stellv. Vors. EAK-Bielefeld

Das „Sennetreffen" wird seit Jahren vorbereitet vom Ev. Jugendpfarramt Bielefeld und stellt sich stets unter ein Leitwort, dem dann auch der Gottesdienst im Freien, die einzelnen Arbeitskreise bis zum Mittag sowie am Nachmittag der Festakt folgen.

1990 „Wege, die Zukunft eröffnen" – also in diesem Jahr – bot der EAK eine breite Palette seiner aktiven Arbeit und diskutierte in der Arbeitsgruppe mit Pfarrer **Martin Kramer** aus Magdeburg über die Situation der Christen in der ehemaligen DDR.

„Was wir brauchen, ist Hilfestellung, die Unterstützung unserer kirchlichen Gemeinden, die weit auseinander liegend nicht zu vergleichen sind mit den kirchlichen Gemeinden in West-Deutschland", sagte an diesem Sonntag Pastor Kramer.

Worte, die in den bewegenden Zeiten vor und nach dem Fall der Mauer und auch heute noch nachklingen. Wir müssen auf die tragende Kraft unseres christlichen Glaubens aufbauen und mitwirken in Solidarität und der Bereitschaft, einander anzunehmen.

Angelika Schulze,
EAK-Bezirksvorsitzende
Ostwestfalen-Lippe

Jahreshauptversammlung geplant

München. Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CSU begrüßte in seiner jüngsten Sitzung das Landtagswahlergebnis der CSU. Er stellt mit besonderer Befriedigung das gute Ergebnis auch in vorwiegend evangelischen Gebieten fest. Beachtlich sei, so Dr. **Werner Dollinger,** Bundesminister a. D. und Vorsitzender, daß Staatsminister Dr. **Georg von Waldenfels** im Wahlkreis Oberfranken fast die Hälfte aller Listenstimmen erhielt. Auch Staatsminister **Simon Nüssel** hat in seinem Stimmkreis das Ergebnis für die CSU deutlich verbessert. Staatssekretär **Hans Maurer** hat in Ansbach sein Ergebnis um fast fünf Prozent verbessert.

Der Evangelische Arbeitskreis der CSU wird im Februar 1991 seine Jahreshauptversammlung mit dem Thema „Der Protestantismus im vereinten Deutschland" abhalten. In internen Beratungen sollen die Probleme der Pflegeberufe und die Sicherheit besonders alter Menschen behandelt werden.

Wechsel beim EAK

Albstadt-Ebingen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU des Kreisverbandes Zollern-Alb hat den bisherigen Stellvertreter **Claus-Joachim Lohmann** zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 29jährige Rechtsreferendar übernimmt somit die Nachfolge des Gründungsvorsitzenden **Rainer Sindlinger,** welcher seit 1984 den EAK im Zollern-Alb-Kreis leitete. Aufgrund eines berufsbedingten Wohnungswechsels stellte Rainer Sindlinger sein Amt zur Verfügung.

Der neue Vorsitzende Claus-Joachim Lohmann ist ebenfalls seit der Gründung des EAK-Kreisverbandes im Jahre 1984 als Stellvertreter im Vorstand gewesen. In den neuen Vorstand wurde weiter gewählt **Helmut Butterweck** als Stellvertreter und **Hermann Schick** als Beisitzer.

Der Kreisvorsitzende der CDU, **Josef Merkel,** würdigte in einem Grußwort die Arbeit des EAK. Merkel lobte dabei die stets gute Zusammenarbeit zwischen der CDU und dem EAK. Merkel hob die Notwendigkeit und Bedeutung des EAK hervor. Gerade in einer Zeit, in der die Politik immer mehr durch Pragmatismus bestimmt wird, drohe die Gefahr, daß die Politiker im Alltagsgeschäft untergehen.

In einer Zeit des fast technisch alles Machbaren stelle die Rückbesinnung auf die menschlichen Werte des Friedens, der Freiheit, des Rechts und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eine Notwendigkeit dar. Durch seine Veranstaltungen mit zum Teil renommierten Referenten wie z. B. Landtagspräsident **Schneider,** Staatssekretär **Waffenschmidt** oder Ex-Minister **Wilhelm Hahn** habe der EAK sehr interessante Diskussionen über grundlegende Fragen angeboten.

Der neue Vorsitzende Claus-Joachim Lohmann steckte mit den anwesenden Mitgliedern das kommende Arbeitsprogramm ab. Der EAK will sich insbesondere der Stellung der Frau annehmen. Geplant ist hierbei eine Veranstaltung zu dem Thema der Frau in unserer Gesellschaft zwischen Beruf und Familie. Nach Ansicht des EAK sind hier nicht nur die Politiker, sondern auch Wirtschaft und Verwaltung aufgefordert, bessere und individuell flexiblere Möglichkeiten zu schaffen, um vor allem den Frauen den Wiedereinstieg nach den Kindererziehungsjahren zu ermöglichen.

Herausforderungen und Aufgaben beim Schutz des ungeborenen Lebens

Bonn. Bei einer Veranstaltung der Evangelischen Arbeitskreise Bonn und Rhein-Sieg bezogen Prof. Dr. med. **Rolf Herzog** und **Editha Limbach,** MdB, zu diesem Thema Stellung.

Im Ziel waren sich beide einig: Das ungeborene Leben muß geschützt werden. Über den Weg dorthin bestehen jedoch auch in der CDU und in der Evangelischen Kirche im geeinten Deutschland unterschiedlich akzentuierte Vorstellungen. Es wurden Informationen ausgetauscht und Erwartungen an den Gesetzgeber zum Ausdruck gebracht. Frau Limbach sprach auch die Defizite in der Bildungsarbeit in der ehemaligen DDR in den letzten 40 Jahren an. Es schloß sich eine lebhafte Diskussion unter Leitung von **Gottfried Busch** (Bonn) und **Birgit Heide** (Rhein-Sieg) an.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Worms besuchte BASF

Im September veranstaltete der EAK der CDU in Worms eine Fahrt zur BASF. An der vom Vorsitzenden des EAK, **Ulrich Oelschläger,** geleiteten Exkursion nahmen 40 Personen teil. Die Zielsetzung der Unternehmung war es, sich zu informieren, welche Belastungen dieser größte Industriebetrieb unserer Region für die Umwelt bringt und welche Anstrengungen unternommen werden, diese so gering wie möglich zu halten.

Nach einem einleitenden Vortrag von Herrn **Dr. Meister** besuchten die Teilnehmer die Ausbildungsabteilung für den naturwissenschaftlichen Bereich, eine Produktionsstätte, in der der Grundstoff für die Fabrikation von Plexiglas hergestellt wird, das **Kohle**kraftwerk/Mitte mit seiner Rauchgasentschwefelungsanlage sowie die **Umweltzentrale.** In den einzelnen Stationen stellten sich jeweils Fachleute den kritischen Fragen der Teilnehmer.

Neuwahl im EAK-Bezirksverband Oberbayern

Der bisherige Bezirksvorsitzende **Heinz Broschell,** der den EAK Oberbayern zum zweitgrößten Bezirksverband in Bayern mit 530 Mitgliedern gemacht hat, schlug auf der Mitgliederversammlung Herrn **Rolf Picker** zu seinem Nachfolger vor. Er wurde einstimmig zum neuen Bezirksvorsitzenden des EAK-Oberbayern gewählt. Herrn Broschell wurde für seine jahrelange hervorragende Arbeit gedankt.

Rolf Picker

Nachbarschaftstreffen

Am 22. September tagten Vertreter des EAK aus ganz Rheinland-Pfalz in Mainz. Der EAK Mainz hatte zu einem ‚Nachbarschaftstreffen' eingeladen. Da der 1. Vorsitzende, **Hubertus v. Kluge,** kurzfristig zu einer speziellen Aufbauarbeit in die ehemalige DDR abgeordnet wurde, leitete der 2. Vorsitzende **Manfred Jerusalem** die Beratungen.

Ingeborg Nicolaus

Betrachtungen zur neuen Diskussion um den § 218/Fristenlösung/Indikationsregelung

Pinneberg. Im Rahmen der Vereinbarungen über den Einigungsvertrag kam der § 218 StGB erneut ins Gespräch und löste heftige öffentliche Diskussionen aus. Der Streit erstreckte sich darauf, ob die Fristenregelung in der bisherigen DDR auf das ganze Gebiet Deutschlands ausgedehnt werden und somit die unbefristete Abtreibung zulässig sein soll.

Der Evangelische Arbeitskreis im CDU-Kreisverband Pinneberg hat versucht, eine eindeutige Position zu erarbeiten.

Für Christen ist der Schutz des ungeborenen Lebens ein brennendes Problem. Eine schwere Belastung des Gewissens ist die hohe Zahl der Abtreibungen. Zu Recht stellen die Menschen Forderungen an die CDU, weil sie besondere Erwartungen an diese Partei richten, die sich zum christlichen Menschenbild bekennt.

Von welchen Beurteilungskriterien müßte also eine sachlich orientierte Positionsbeschreibung ausgehen?

1. von den naturwissenschaftlich-medizinischen Erkenntnissen?

Von denen wissen wir heute, daß wir es mit menschlichem Leben von Anfang an zu tun haben. Leben, das Anspruch auf Würde hat und das es zu schützen gilt.

2. von der juristisch begründeten Rechtslage?

Wann entsteht juristisch das Leben und ist das Auslöschen vorgeburtlichen Lebens ein Tötungsdelikt?

Können wir auf den staatlichen Schutz des vorgeburtlichen Lebens verzichten? Sind die Probleme mit Strafverschärfung zu lösen?

3. von der christlich-ethischen Betrachtung?

Wenn wir es also mit menschlichem Leben von Anfang an zu tun haben, muß dann nicht auch das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten" in die Betrachtungen einbezogen werden?

Wenn wir den Befürwortern „Streichung des § 218" folgen, so kommt das allgemeine Tötungsverbot zum Tragen. Was wird damit erreicht? Ist danach nicht auch das Vernichten des menschlichen vorgeburtlichen Lebens ein Tötungsdelikt? Und wenn wir diesen Tatbestand so einfach ignorieren, wo verläuft dann die Grenze des Tötungsverbots?

Oder lassen sich diese Fragen – da sie so sehr kompliziert sind –

4. allein und so einfach auf die politische Betrachtung reduzieren?

a) vorrangig danach, was die Stimmungslage fordert und Beifall beim Wähler findet, sich also an das hält, „was ankommt" statt zu fragen, worauf es ankommt?

b) um den erkennbaren Gegensatz zwischen progressivem und konservativem Denken?

c) um die gegensätzlichen Frauenpositionen

Legalisierung der Abtreibung ohne gesetzliche Beschränkung einerseits und das Festhalten am Schutz des vorgeburtlichen Lebens andererseits? Erfordert eine Antwort hierauf nicht gleichzeitig eine Definition darüber, was wir unter Leben verstehen?

5. Sehen Frauen, die lautstark ihren Bauch als ihr Eigentum reklamieren und dies als ihr alleiniges Recht beanspruchen, das Ganze allein unter emanzipatorischen Gesichtspunkten? Verletzen Frauen, die so denken, nicht mindestens die Tugend der Gerechtigkeit, weil diese Frauen das Lebensrecht des „Nasciturus" verneinen?

Widersprüche in dieser Auseinandersetzung

Die erneut aufgekommene Diskussion um den § 218 hat alle gesellschaftlichen Gegensätze wieder deutlich werden lassen.

Autonome und politische Frauengruppen aus dem linken Spektrum stellen sich gegen das von der CDU gewollte Beratungsgesetz und fordern das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Andererseits appellieren christliche Gruppen an die CDU, für einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens zu sorgen.

Bürger treten für den Schutz des Embryos im Reagenzglas ein, tun sich aber schwer, ja zu sagen zum vorgeburtlichen Leben, wenn eine ungewollte Schwangerschaft eintritt.

Wie in vielen Bereichen der Politik, so zeigt sich auch hier, daß wir uns immer leichter tun mit absoluten Forderungen. Da wird in den Medien so getan – und zum Teil geben sich auch Fachleute dafür her –, als hätten wir heute mit der Fristenlösung den Idealfall, als sei der Schwangerschaftsabbruch (Tötung vorgeburtlichen Lebens) legal und legitim, als gäbe es einen individuellen Rechtsanspruch für die betroffene Frau.

Schwangerschaftsabbrüche sind grundsätzlich nicht erlaubt. Dies schließt nicht aus, daß der Staat in einigen wenigen begründeten Ausnahmefällen (Indikation) von einer Strafverfolgung absieht. In solchen Fällen läßt der Staat Gnade vor Recht ergehen.

Wenn der Staat generell die Tötung ungestraft zuläßt (Fristenlösung), dann stellt er sich selbst in Frage.

Was ist die entscheidende Frage in der Politik?

Manche vertreten die Auffassung, daß nur durch eine Änderung der geltenden Gesetze ein besserer Schutz der Ungeborenen erreicht werden kann.

Andere sind der Auffassung – und diese Haltung entspricht der der CDU –, daß eine Verschärfung und eine Veränderung der geltenden Gesetze das ungeborene Kind nicht schützt.

Was wir brauchen, ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Frauen und für die Familien mit Kindern sowie eine Verbesserung der Beratung und der Hilfsangebote für die Frauen, die durch eine Schwangerschaft in eine schwierige, ja ausweglose menschliche oder wirtschaftliche Situation geraten.

Der EAK im CDU-Kreisverband Pinneberg identifiziert sich mit der Feststellung der gemeinsamen Erklärung der Kirchen, die sagt: „Alle Anstrengungen zum Schutz des ungeborenen Lebens im Mutterleib müssen darauf gerichtet sein, es mit der Frau und nicht gegen sie zu schützen."

Unser Ergebnis: Wir sagen „Ja zum Leben"!

Dazu brauchen wir eine Änderung des Bewußtseins, brauchen wir eine allgemein freundlichere Einstellung zum Kind und eine Politik nach dem Motto „Helfen statt strafen"!

Auch dies sollte zu denken geben!

Ein Jahr nach dem Schwangerschaftsabbruch möchten 40% der Frauen diesen Eingriff am liebsten wieder rückgängig machen, nur 57,4 % der Frauen mit Abbruch fühlten sich mehr als ein Jahr danach ganz gesund, – so eine Studie lt. Ärzte-Zeitung vom 22. 8. 1990. Dazu wird kommentiert: „Da stockt dem sensiblen Leser doch das Herz in der Brust. Was ist die vielzitierte autonome Gewissensentscheidung eigentlich wert?"

Sollte uns dies in der CDU nicht Grund genug sein, ausgewogener über diese komplizierten Zusammenhänge zu befinden?

EAK-Kreisvorstand Pinneberg

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,– DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Aus dem Inhalt:

Ein Volk für den Frieden 1

Die Soziale Marktwirtschaft nun in ganz Deutschland 3

Soziale Marktwirtschaft für alle Deutschen 4

Quo vadis Treuhandanstalt? 6

Politik aus christlicher Verantwortung – Die Bedeutung von Denkschriften und Verlautbarungen für politisches Handeln 8

Zur Bundestagswahl 1990 10

Kurz notiert 11

Persönliches 13

Bücher 13

Aus unserer Arbeit 14

Liebe Leser,

wir freuen uns, daß Sie unsere ***„Evangelische Verantwortung"*** *beziehen und sie hoffentlich mit Interesse und Aufmerksamkeit lesen.*

Eine Zeitschrift gestalten, drucken und versenden kostet Geld, sogar viel Geld!

Daher unsere herzliche Bitte: Prüfen Sie, ob Ihnen die „EV" eine ***Spende*** *wert ist oder ob Sie sich zu einem bezahlten* ***Abonnement*** *entschließen können.*

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Arbeit auf diese Weise unterstützen und würden darin auch für die Redaktion ein Zeichen der Bestätigung und Ermutigung sehen.

Birgit Heide

(Birgit Heide)

Konto: EAK, Postgirokonto Köln (BLZ 370 100 00) 1 121 00-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 56 267

Holzkreuz wirbt für Kirchentag 1991

Fulda. Das Plakat für den Deutschen Evangelischen Kirchentag 1991 im Ruhrgebiet ist erschienen. Ab Januar 1991 soll ein grob gemasertes Holzkreuz von Litfaßsäulen und in kirchlichen Schaukästen für den 24. Kirchentag werben, der vom 5.–9. Juni 1991 in Dortmund, Bochum und Essen stattfindet.

Unsere Autoren:

Peter Hintze
EAK-Bundesvorsitzender
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Ulf Fink
CDA-Bundesvorsitzender
Johannes-Albers-Allee 3
5330 Königswinter 1

Klaus Weigelt
Politische Akademie Eichholz
Urfelder Straße 226
5047 Wesseling

Siegfried Krüger
Bund der Selbständigen der DDR
Bölsche Straße 101
O – 1162 Berlin

Albrecht Martin
Hugo-Reich-Straße 10
6550 Bad Kreuznach

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1